



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Landräte-Gespräch mit Staatsminister Söder:

Nachhaltigkeit vor Schnelligkeit

Die Energiewende brennt auf den Nägeln
 Das Thema Energiewende stand auf der Tagesordnung eines Informationsgesprächs der bayerischen Landräte im Münchner Franz-Josef-Strauß-Haus mit dem zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Umweltminister Dr. Markus Söder und leitenden Mitarbeitern. Die Tagungsleitung oblag dem Landesvorsitzenden der KPV, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries).

Wie Rößle eingangs hervorhob, werde die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU die Energiewende offensiv mittragen. Die Kompetenz der Kommunen könne und müsse auf dem Weg der Umsetzung eingefordert werden.

Staatsminister Söder machte deutlich, dass er sich für eine „gleichförmige Geschwindigkeit“ bei der Umsetzung der En-

energiewende einsetze. Er sei sowohl Stimmen nach schnellerem Vorgehen ausgesetzt, als auch Bitten um langsames, behutsames Handeln. Nun gelte es, einen Zwischenweg zu finden.



Dr. Markus Söder.

Energieagentur

Wie Söder berichtete, habe die bayerische Energieagentur im September ihre Arbeit aufgenommen. Die Bezirksregierungen sollen künftig die primären Ansprechpartner in Sachen Energiewende sein. Es bestehe Sympathie dafür, die Landkrei-

se so anzupassen, dass die Landkreise mehr Spielraum erhalten und sich auch wirtschaftlich betätigen können. Dies gelte vor allem für die Energiewirtschaft.

Mit Blick auf die regenerative Energie Wasserkraft plädierte der Minister für den Einsatz eines Programms zur ökologischen Erneuerung von alten Wasserkraftanlagen und der Entwicklung moderner Kraftwerkstypen (z. B.

Fließgewässerkraftwerk an der Salzach). Was die Photovoltaik anbelangt, so könnten möglicherweise die Flächen genutzt werden, die wegen der Bundeswehrreform frei werden. Auch bei landwirtschaftlich nicht sehr hochwertigen Flächen könne eine verstärkte Photovoltaik-Nutzung diskutiert werden. Zudem werde über Fördermöglichkeiten bei der Erzeugung von regenerativer Energie auf Altlastenflächen nachgedacht.

Thema Windkraft

Beim Thema Windkraft wies Söder darauf hin, dass ein Lärmgutachten ab 1.000 Meter Entfernung zur Wohnbebauung (in Wohngebieten) in Zukunft nicht mehr vorgeschrieben ist. Der Entwurf für einen Winderlass wird für November erwartet. Bei ökologisch nicht sehr hochwertigen Flächen reichte eine Ausgleichszahlung anstelle von Ausgleichsmaßnahmen.

In der darauffolgenden Diskussion bemängelten die Landräte, dass für den Energiewechsel in Bayern zu viele Stellen zu-

Bayerischer Tourismustag in Nürnberg:

Menschen machen Tourismus

„Menschen machen Tourismus“ lautete das Motto des diesjährigen Bayerischen Tourismustages in Nürnberg. „Dank der Menschen, die die bayerische Gastfreundschaft und Lebensfreude verkörpern, ist Bayern das Reiseland Nummer eins in Deutschland“, betonte Wirtschaftsminister Martin Zeil. Der Bayerische Tourismustag findet jährlich abwechselnd in Nürnberg und München statt.

Das Jahr 2010 ging nach Aussage Zeils bereits als Rekordjahr in die Annalen des Bayerntourismus ein: Nie kamen mehr Reisende als Gäste nach Bayern als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Übernachtungen dieser Bayernreisenden kletterte auf den höchsten Stand seit 2001. „Aktuell sieht es so aus, als könnten wir die Ergebnisse aus diesem fulminanten Jahr in 2011 noch einmal toppen“, so der Minister: So konnte in den ersten acht Monaten mit rund 19,9 Millionen Ankünften ein Plus von 5,4 % erzielt werden. Auch die Übernachtungen haben in diesem

Zeitraum stark angezogen mit einem Zuwachs von 3,3 % auf fast 55 Millionen.

Qualitätsanspruch

Zeil's Bitte an die Tourismusbeschäftigten: „Halten Sie den Servicegedanken und Qualitätsanspruch im Bayerntourismus auch künftig hoch! Denn Service und Qualität sind dauerhafte Aufgaben, bei denen es immer noch Potential nach oben gibt!“ Jedes Unternehmen und jede touristische Organisation müsse für ein entsprechendes Umfeld und Qualifikationsmöglichkei-

Deutscher Städtetag:

Bundesmittel für Kommunen sichern

Präsidium- und Hauptausschuss-Sitzung in Berlin

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Entlastung der Kommunen von den Ausgaben der Grundsicherung im Alter. Wie die Vizepräsidentin des kommunalen Spitzenverbandes, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Berlin erläuterte, „ist die Zusage des Bundes, schrittweise die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu übernehmen, ein wichtiger Beitrag, um die Kommunen wieder handlungsfähiger zu machen“. Auf Dauer werde sich die drückende Last der kommunalen Sozialausgaben dadurch spürbar verringern. Allein in diesem Jahr werde eine neue Rekordhöhe von fast 45 Milliarden Euro Sozialausgaben erwartet.

Roth betonte, aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes seien Beleg dafür, wie wichtig die Entlastung von den Kosten der Grundsicherung für die Kommunen ist. Die Zahl der Bezieh-

ten von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Prozent gestiegen. Diese Steigerung reiht sich ein in die allgemeine Tendenz, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen sind: „Die Kommunen sind jedoch keine Rentenversicherung, sondern es geht hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dem trägt der Bund jetzt Rechnung.“

Grundsicherung

Allerdings appelliert der Deutsche Städtetag an die Länder, noch Verbesserungen des Gesetzes im Bundesrat vorzunehmen. Ergänzt werden solle im Gesetz eine Spitzabrechnung der tatsächlichen Ausgaben für die Grundsicherung, damit der Bund die volle Höhe der Ausgaben übernimmt. Bisher knüpfte die Regelung ausschließlich an den Ausgaben im Vorjahr an, so dass die Kommunen den erwarteten Ausgabenanstieg nicht erstattet bekommen. Dieser Mechanismus werde der erklärten Absicht des Bundes nicht gerecht, die Kommunen vollständig von den tatsächlichen Kosten der Grundsicherung zu entlasten.

Die Städtetags-Vizepräsidentin erwartet außerdem volle Solidarität der Länder mit ihren Kommunen: „Es ist Aufgabe der Länder, die Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen auch wirklich an die Kommunen weiterzuleiten. Die Städte sehen mit Sorge, dass einige Länder zu-

mindest einen Teil der Mittel offenbar für sich behalten wollen. Dazu darf es nicht kommen.“

Der Spitzenverband fordert, dass zudem zügig die von Bund und Ländern zugesagten weiteren Entlastungen im Bereich der Grundsicherung in den Jahren 2013 und 2014 auf den parlamentarischen Weg gebracht werden. Diese Verabredungen zwischen Bund und Ländern, die im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens getroffen wurden, stellen einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindefinanzkommission dar.

Betreuungsplätze

Was die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren anbelangt, so liegt der Bedarf nach Angaben des Deutschen Städtetages in vielen großen Städten weitaus höher als bislang angenommen. Zahlreiche Städte rechnen mit Betreuungsquoten in einer Größenordnung von 50 Prozent. Der kommunale Spitzenverband fordert deshalb Bund und Länder auf, gemeinsam mit den Kommunen zeitnah zu überprüfen, inwieweit die notwendige große Zahl von Plätzen tatsächlich 2013 zur Verfügung steht. Die Städte appellieren außerdem eindringlich an die Länder, die noch fehlenden Finanzmittel für den Ausbau der Betreuung bereitzustellen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude bemerkte, „gibt es am Willen und Engagement der Städte für den“

(Fortsetzung auf Seite 4)



In Japan wird gerade die erste genormte Fertig-Öko-Stadt der Welt erbaut. Ob diese Wohnschachtel tatsächlich eine sinnvolle Lösung darstellt, scheint dem Bürgermeister fraglich. Bei näherer Betrachtung ist er doch sehr froh, im guten, alten Europa in gewachsenen Strukturen zu leben. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Pfaffenhofen an der Ilm wurde jüngst in Seoul zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Das australische Mandura und das tschechische Jihlava wurden auf die Plätze zwei und drei verwiesen. Mehr über den Pfaffenhofener Erfolg auf Seite 11. Foto: Eppasandas

Sie lesen in dieser Ausgabe

Ehrenamtskarte: Das Ehrenamt aufwerten	Seite 2
Finanzministerium: Auf Fahrenschn folgt Söder	2
Bayerischer Finanzgipfel 2011 in München	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ciao Kaserne - Und was nun?	3
Bundeswehrreform: Schmerzliche Einschnitte	3
LfA Förderbank: Herbstbilanz	4
GZ-Fachthemen: EDV · Kommunikationstechnik	5-7
Kommunaler Bau · Winterdienst	8-10
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Das Ehrenamt aufwerten

Mit Hilfe der Kommunen die Rahmenbedingungen der Zeit anpassen

Das Ehrenamt aufzuwerten und mit ihm ein Netz der Solidarität und Nächstenliebe zu spannen, ist Ziel der Staatsregierung. Federführend hat Sozialstaatssekretär Markus Sackmann (CSU) dazu die Öffentlichkeit und insbesondere die Kommunen aufgerufen. Anlässlich der ersten Verleihungen der neuen Bayerischen Ehrenamtskarte erläuterte er im Sozialausschuss des Landtags das Ziel, die Rahmenbedingungen für die freiwillige, unentgeltliche Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger durch eine behördliche und wirtschaftliche Infrastruktur zu stärken. Damit soll dem in Kürze drohenden Mangel an freiwilligen Helfern entgegengewirkt werden.

Die Ehrenamtskarte sei gut angekommen, berichtete Sackmann. Viele Gemeinden hätten bereits ihre Mitarbeiter angemeldet. Seine Aufforderung das neue Konzept zu akzeptieren, galt insbesondere den großen Städten mit München an der Spitze. Sie fürchten zusätzliche finanzielle Belastungen durch die vorgesehene Einrichtung von Koordinationszentren und durch die Ehrenamtskarte. Sie gewährt dem bzw. der Ehrenamtlichen für zwei Jahre zahlreiche Vergünstigungen bei Einrichtungen des Freistaats wie Museen oder Bäder sowie kostenlose Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Der Staat fördert die Karte in Landkreisen und Städten einmalig mit 5.000 Euro. Die kommunalen Spitzenverbände, voran der Städtetag, haben hierzu Bedenken angemeldet und Änderungsvorschläge gemacht.

Helfermangel

Der ab 2015 drohende Mangel an freiwilligen Helfern wird durch eine Studie für die „Pilotregion Unterfranken“ manifestiert. Professorin Doris Rosenkranz von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt stellte sie nach Sackmanns Bericht dem Ausschuss vor. Das Ehrenamt sei heute ganz anders aufgebaut

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Krebs
84513 Töging am Inn
am 18. 11.

Bürgermeister Vitus Pichler
83530 Schnaitsee
am 26. 11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Hügelschäffer
97234 Reichenberg
am 25. 11.

Bürgermeister Karl Mühlbauer
94377 Steinach
am 30. 11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Emmert
97779 Geroda
am 27. 11.

Bürgermeister Georg Riesch
83676 Jachenau
am 30. 11.

Bürgermeister Hans Wittauer
95466 Weidenberg
am 30. 11.

Bürgermeister Helmut Taut
91346 Wiesental
am 30. 11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Durst
92275 Hirschbach-Eschenfelden
am 24. 11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl-Heinz Wagner
96146 Altendorf
am 22. 11.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

als vor 15 Jahren. Der demographische Wandel erfordere eine neue Infrastruktur. Auch die Motivation der Helfenden sei anders und intensiver geworden. Sie zu erreichen, sei Aufgabe der Sozial-, Sport- und anderen Verbände bis hin zum Notdienst und zur Feuerwehr. Stärkere Qualifizierung und Vernetzung der Verantwortlichen sei unabdingbar. Den kleinen Gemeinden brenne das Problem auf den Nägeln. Derzeit sind in der Hochrechnung der Studie in Bayern rund 3,6 Millionen Menschen ehrenamtlich aktiv. Weitere vier Millionen würden sich gerne engagieren.

Neuer Weg

Joachim Unterländer kündigte in der Aussprache als CSU-Sprecher das Bemühen an, gerade die Städte für den neuen Weg mit

seiner gesellschaftlichen und sozialen Komponente zu gewinnen. Es gehe nicht darum, das mit der Wehrpflicht außer Kraft gesetzte freiwillige soziale Jahr zu ersetzen.

Angelika Weikert von der SPD sprach von einem wichtigen Bestandteil der demokratischen Gesellschaft. Ehrenamtliches Engagement müsse sich auch durch berufliche Anerkennung bestätigen. Ihr Fraktionskollege Hans-Ulrich Pfaffmann stimmte dem zwar zu, warnte aber durch neue Koordinierungsstellen zwischen Kommunen, Behörden und Verbänden neue Komplikationen und Kosten zu verursachen. Dem stehe die permanente Kürzung staatlicher Fördermittel gegenüber - was der Staatssekretär dementierte. Hans-Jürgen Fahn (FW) meinte, der Freistaat solle ein bisschen stärker in die Förderung des Ehrenamts einsteigen. In anderen Ländern gebe es mehr ehrenamtliches Engagement.

Warnung vor zu viel Bürokratie

Bei grundsätzlichem Ja zu Stärkung des Ehrenamtes und zur Kooperation mit Kommunen und Verbänden warnten auch die CSU-Abgeordnete Gudrun Brendel-Fischer und Bernhard Seidenath vor zu viel Bürokratie. Die Ansprechpartner in den Landratsämtern sollten auch Unternehmer sein. Ausschussvorsitzende Brigitte Meyer (FDP) warnte am Ende der schwerpunktmäßig dem Thema Ehrenamt in Bayern gewidmeten Sitzung, dies sei ein schmaler Grat. **rm**

Bayerischer Finanzgipfel 2011 in München:

Zwischen Risikovorsorge und Wachstum

Top-Veranstaltung für die Finanz- und Versicherungsbranche

Beim 5. Bayerischen Finanzgipfel zum Thema „Finanzierung und Versicherung der Wirtschaft - Regulierung zwischen Risikovorsorge und Wachstum“ erörterten hochrangige Vertreter der Finanzwirtschaft in der Landeshauptstadt die Schuldenkrise einiger europäischer Staaten, die das Geld- und Finanzsystem nach der Krise 2009 vor eine erneute harte Belastungsprobe stellt. Laut Wirtschaftsminister Martin Zeil „steht hier in letzter Konsequenz nicht nur der Fortbestand des Euro auf dem Spiel, sondern nichts weniger als das Kernelement unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung“.

Zeil plädierte für eine schnelle und langfristig tragfähige Lösung - „erstens für die schwelende Staatsschuldenkrise und zweitens für die Stabilisierung der Finanzmärkte“. Wie der Minister ausführte, dürfe die Schuldenblase nicht unkontrolliert weiter aufgebläht werden, indem die Gemeinschaft die Haftung für einen weiteren beträchtlichen Teil der Schulden einzelner Mitgliedstaaten übernimmt.

Finanzhilfen der Gemeinschaft dürften auf keinen Fall für eine dauerhafte Alimentierung überschuldeter Staaten missbraucht werden. Alle Rettungsmaßnahmen seien vorrangig darauf auszurichten, die bestehende Überschuldung in den Eurokrisenländern wirkungsvoll und zügig abzubauen. Gleichzeitig sei durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass in Zukunft keine erneuten Verschuldungsprobleme in diesen Staaten eintreten können. Dazu gelte es konsequent die Wachstumskräfte zu stärken. Zeil: „Wir brauchen eine koordinierte Wachstumsstrategie und eine mutige Ausweitung der Stabilitätskultur in Europa. Die Unabhängigkeit der EZB muss uneingeschränkt gewahrt bleiben.“

Richtig ist es Zeil zufolge, im Vorgriff auf Basel III die Regelungen für die Eigenkapitalausstattung für systemrelevante Finanzinstitute zu verschärfen. Vor allem gelte es, Regulierungslücken im Schattenbankensystem zu schließen. Das ordoliberalen Staatsverständnis erfordere einen starken Staat, der eine funktionie-

rende Rahmenordnung durchsetzen muss. „Wir brauchen keine politischen Schnellschüsse, sondern ordnungspolitisch saubere Lösungen“, betonte der Minister.

Die Lösungsansätze zur aktuellen Finanzkrise stellten makroökonomische und regulatorische Überlegungen in den Mittelpunkt, was zweifellos richtig sei, so Zeil. Die Politik müsse hier aber in besonderer Weise auch die Auswirkungen auf den Bereich Mittelstandsfinanzierung im Auge haben. „Wir sind in Deutschland und der Eurozone auf eine günstige Kreditversorgung in besonderer Weise angewiesen: Unsere Unternehmen wickeln nur 30 Prozent der Fremdfinanzierung über den Kapitalmarkt ab. Und kleinen Mittelständlern steht diese Ausweichmöglichkeit überhaupt nicht zur Verfügung. Der Hausbankkredit ist daher für die Leistungsträger unserer Wirtschaft nach wie vor das Mittel der Wahl. Wir müssen daher in unseren Regulierungsbemühungen umsichtig handeln und den Mittelstand fest im Blick behalten. Am Ende darf es nicht heißen: ‚Regulierungsoperation gelungen, Patient tot‘, mahnte der Minister.

Gerade auch in ihrer Wechselwirkung berge die Reform der Versicherungs- und Bankenregulierung - Stichwort Solvency II und Basel III - erhebliche Finanzierungsrisiken für deutsche Unternehmen, fuhr Zeil fort. Denn dem durch Basel III ausgelösten Kapitalbedarf der Banken stünden Anreize in Solvency II gegenüber, langfristige Bankanlei-

Auf Fahrenschnon folgt Söder

Wechsel im Finanzministerium zieht drei Umbesetzungen nach sich

Nach fünf Tagen interner Gespräche in der Staatskanzlei an einem durch Reformationsfest und Allerheiligen verlängerten Wochenende hat Ministerpräsident Horst Seehofer die Umbesetzungen in seinem Kabinett bekannt gegeben: Der am 30. November in Berlin als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes kandidierende Finanzminister Georg Fahrenschnon legte sein Amt am 3. November nieder und übergab Umweltminister Markus Söder das Ministerium. Auch die notwendigen Umbesetzungen im Kabinett wurden durch Entscheidungen des Regierungschefs sofort vollzogen. Nur ein neuer Staatssekretär brauchte eine Woche darauf rechtlich die Zustimmung im Landtag. Politisch war die CSU-Fraktion allein für das Stühle rücken zuständig und verantwortlich. Koalitionspartner FDP stimmte zu.

Zu den in den fünf Krisentagen entstandenen Mutmaßungen über eine hektische Suche versicherte der Ministerpräsident, es sei ein sehr ruhiges und sachliches Verfahren gewesen. Er hätte Fahrenschnon gerne behalten, aber er respektiere dessen Entscheidung. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid schloss sich dem Dank Seehofers an den Minister für drei Jahre exzellenter Arbeit an. Das Angebot, ein so entscheidendes Amt in der Finanzwirtschaft zu bekommen, sei etwas Besonderes. Fahrenschnon musste seine Bewerbung termingerecht Anfang November einreichen. Wann er die neue Aufgabe übernimmt, hängt davon ab, zu welchem Zeitpunkt der amtierende Präsident Dr. Heinrich Haasis im April oder Mai nächsten Jah-

res ausscheidet. Rechtzeitig zuvor will Fahrenschnon sein Landtagsmandat zurückgeben.

Huber rückt auf

Das Amt als Umwelt- und Gesundheitsminister übernahm mit der allen sofort vom Ministerpräsidenten übergebenen Entlassungs- und Ernennungsurkunde der bisherige Staatskanzleiminister Marcel Huber, der 2007/08

bereits Umweltstaatssekretär war. In die Staatskanzlei rückte Staatssekretär Thomas Kreuzer aus dem Kultusministerium nach. Seinen Platz übernahm nach Zustimmung des Landtags Bernd Sibil, bisher Vorsitzender des Hochschulausschusses und in der vorigen Legislaturperiode für ein Jahr Kultusstaatssekretär.

Seehofers Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil, wünschte dem neuen Finanzminister eine glückliche Hand. „Ob Finanzierung des Energieumbaus, Sanierung der Bayerischen Landesbank oder ausgleichlicher Haushalt, in der Eurokrise ist die finanzpolitische Agenda eine große Herausforderung.“ Die Opposition kommentierte die Kabinettsumbildung als Zeichen innerer Unsicherheit der CSU.

Erste Bewährungsprobe soll die Kabinettsklausur am 18./19. November in Tegernsee sein. Es geht um den Nachtragset 2012. Angesichts der günstigen Herbststeuerschätzung hat der neue Finanzminister einen relativ guten Start bei mindestens 500 Millionen Euro Mehranforderungen der Ministerien. Seehofer hat Hilfen für Gemeinden und Regionen angekündigt, die von der Bundeswehrreform stark betroffen sind. **rm**



Optocraft GmbH erhält Innovationspreis 2011 der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Traditionell zeichnen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf ihrem Wirtschaftstag „Bayerns Mittelstandsbetrieb des Jahres“ aus. Der mit 20.000 Euro dotierte Preis ging dieses Jahr an die Optocraft GmbH aus Erlangen.

Das Unternehmen hat eine Technologie auf den Markt gebracht, die Messungen am menschlichen Auge genauer, schneller und kostengünstiger macht als bisher. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, freute sich mit den Preisträgern: „Wer mitten aus der Forschungslandschaft Bayern heraus ein Unternehmen gründet und ein Diagnosegerät zur Marktreife bringt, das die Augeneilende wirklich voranbringt, verdient große Anerkennung.“ Bei der Preisverleihung überreichten GVB-Präsident Stephan Götzl (2. v. l.) und Staatsminister Martin Zeil (2. v. r.) den Innovationspreis an Johannes Pfund (Mitte), den Geschäftsführer der Optocraft GmbH aus Erlangen. **□**

sollte, so Häusler, eigentlich eine eindeutige Interessenlage abzuleiten sein: „Schutz von Gläubigerinteressen, wenn man so will unserer DNA“.

Staatsschuldenkrise

Tatsächlich erlebe man im Zuge der Staatsschuldenkrise im Euroraum eine sehr hohe Toleranz für Schuldner, zum Teil in moralischen Kategorien. Deutschland habe aber die DNA eines Gläubigers, „es geht um unser Volkvermögen“. Häusler: „Banken sind auch Gläubiger, die einen Teil unseres Volkvermögens gegenüber dem Ausland halten. Wir sollten deshalb vorsichtig sein, unsere DNA und damit unsere Interessen zu gefährden.“

Der Gesetzgeber habe das Recht, Banken zu „utilities“ zu machen, mit niedrigem Risiko und geringem Ertrag. Er könne im Rahmen der demokratischen Ordnung all dies beschließen. „Private Kapitalgeber müssen und werden aber solche renditearmen Banken nicht mit Eigenkapital ausstatten“, meinte der BayernLB-Vorstand.

Häusler zufolge „scheint in der bundesweiten Debatte um das Bankensystem der Zukunft die Bedeutung der einzelnen Bankengruppen in der Unterneh-

mensfinanzierung nicht immer bekannt zu sein“. Ein Blick in die Bundesbankstatistik zeige, welche tragende Rolle hier den Landesbanken zukommt: Auf diese entfielen per Ende Juni 2011 mit 204 Mrd. Euro ein Fünftel der Ausleihungen an Unternehmen in Deutschland, zusammen mit den Sparkassen über 40 % oder 440 Mrd. Euro - mehr als von jeder anderen Bankengruppe. Die Landesbanken trügen somit in erheblichem Maße zur Finanzierung der deutschen Wirtschaft bei, insbesondere für Immobilienkunden, Großunternehmen und den Mittelstand, der je nach Unternehmensgröße gemeinsam mit den Sparkassen betreut wird.

Häusler abschließend: „Die hohe Bedeutung der Landesbanken für die deutsche Wirtschaft wird durch deren Fehlritte in den letzten Jahren verdeckt. Seit Jahren stehen die Landesbanken im Zentrum der Diskussion um eine Reform des deutschen Bankensystems. Wer im Zuge dieser Diskussion die Abschaffung der Landesbanken fordert, muss die Frage beantworten, wer an deren Stelle als Unternehmensfinanzierer treten soll. Der Hinweis auf den Kapitalmarkt mag für große Unternehmen gelten, nicht aber für die Mehrzahl der mittelständischen Unternehmen.“ **DK**

Bundeswehrreform:

Schmerzliche Einschnitte

Stimmen und Reaktionen - Konzentrierte Aktion für betroffene Kommunen

Nach dem vom Bundesverteidigungsministerium bekannt gegebenen Stationierungskonzept der neu strukturierten Bundeswehr wird es auch im Freistaat Bayern zu erheblichen Auswirkungen für betroffene Standortkommunen kommen – knapp 20.000 Stellen fallen weg. Das Bayerische Kabinett hat umgehend Strukturhilfen für betroffene Kommunen angekündigt.

Zwar konnte erreicht werden, dass die Bundeswehr in der Fläche erhalten bleibt und gerade die strukturschwachen Regionen von den Maßnahmen weitgehend verschont werden. Zwei Bundeswehrstandorte in Bayern werden jedoch in den kommenden Jahren sicher geschlossen. „Jeder Standort, der geschlossen wird, tut weh. Jede betroffene Kommune kann sich aber darauf verlassen, dass der Freistaat sie in dieser Situation nicht alleine lassen wird“, betonte Ministerpräsident Horst Seehofer.

Konversionsprogramm

Seehofer sieht in erster Linie den Bund in der Verantwortung, ein umfassendes Konversionsprogramm aufzulegen. Dennoch sollen bereits bei der Kabinettsklausur am 18. und 19. November Vorschläge für standortgenaue strukturelle Hilfsmaßnahmen des Freistaats vorgelegt werden. Die betroffenen Kommunen bräuchten jetzt eine Unterstützung, so der CSU-Chef. Dabei müsse sich auch der Bund anstrengen. „Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Folgen der Bundeswehrreform gehört auch, dass der Bund jetzt den betroffenen Kommunen zügig die notwendigen Informationen über die frei werdenden Liegenschaften zur Verfügung stellt und bei Bedarf den Kommunen die Grundstücke schnell und zu fairen Bedingungen überlässt.“

Bundesweit werden 31 Standorte in zehn Bundesländern geschlossen. Außerdem wird in großem Umfang Personal abgebaut. Die derzeit 50.700 Dienstposten in Bayern werden auf insgesamt 31.000 gekürzt.

Drei Standorte in Bayern machen dicht: Aus Fürstentfeldbruck, Kaufbeuren und Penzing zieht die Bundeswehr ganz ab, Penzing soll zumindest noch bis 2020 geöffnet bleiben. Auch der Standort Kempten wird faktisch aufgelöst, es bleiben nur sechs Dienstposten übrig. Andere Standorte werden nach dem neuen Standortkonzept von Verteidigungsminister Thomas de Maizière massiv zusammengestrichen. Dies trifft besonders Donauwörth, Erding und Roth. In Kempten, Bamberg, Deggenhof, Regensburg, Traunstein und Würzburg wird derart gravierend Personal reduziert, dass die Bezeichnung Standort gleich ganz wegfällt.

Verlust des größten Arbeitgebers

Kaufbeurens Oberbürgermeister Stefan Bosse reagierte entsetzt auf die Ankündigung des Verteidigungsministeriums. „Wir sind schon strukturschwach und verlieren jetzt auch noch den mit Abstand größten Arbeitgeber. Ich sehe nicht, wie wir das kompensieren können.“ Penzings Bürgermeister Johannes Erhard gestand, keinen „Plan B“ in der Tasche zu haben. Der Ort im Landkreis Landsberg am Lech hat 3.800 Einwohner, alle 2.350 Dienstposten und zivile Stellen im ansässigen Fliegerhorst fallen bis spätestens 2020 weg – und damit auch ein essentieller Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor.

Der Oberbürgermeister von Fürstentfeldbruck, Sepp Kellerer, äußerte „tiefes Bedauern“. Er sei enttäuscht, dass der Traditions-

standort geschlossen werde. „Wir hatten zumindest die Hoffnung, dass die Offizierschule der Luftwaffe gehalten werden kann“, so der Rathauschef.

Der Rother Landrat Herbert Eckstein forderte von der Bundespolitik einen schnellen Zeitplan für die Umsetzung der Bundeswehrreform. Im Moment sei weder klar, wie lange der Flugplatz der betroffenen Otto-Lilienthal-Kaserne noch in Betrieb sei, noch, welche Flächen der Bund verkaufen wolle. Von den geplanten Einschnitten in Roth sind nach Einschätzung des Landrats – vorsichtig geschätzt – mindestens 5.000 Menschen direkt oder indirekt betroffen.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, hervorhob, „brauchen die Kommunen eine planerische und finanzielle Unterstützung, damit sie die ehemaligen Bundeswehrstandorte mit neuem Leben erfüllen können“. Leere Kasernengebäude, Garagen, Werkstätten, Hallen sowie Exerzierplätze, die zum Teil im Zentrum von Ortschaften liegen, müssten umgewandelt werden. Maly: „Wenn schon einzelne Bundeswehrstandorte abgebaut werden sollen, dann muss der Bund die notwendigen Konversionsprogramme für die betroffenen Orte bezahlen.“ Für die Konversion von Gebäuden und Flächen benötigten die Kommunen Unterstützung von Bund und Freistaat. Maly: „Der Bund muss insbesondere aufgegebene Liegenschaften zu einem maßvollen Preis an Kommunen, aber auch an private Investoren abgeben. Nur so können die Grundstücke schnellstmöglich zivilgenutzt und zukunftssicher in die Stadtplanung einbezogen werden. Wir erwarten auch eine Garantie der Freiheit von Altlasten.“

Zivile Beschäftigte

Maly zufolge ist der Abzug der Bundeswehr für betroffene Städte und Gemeinden ein schmerzlicher Einschnitt. Es treffe nicht nur die Soldaten selbst, sondern auch die zivilen Beschäftigten und die Zulieferbetriebe vor Ort – angefangen vom Bäcker und Metzger bis hin zu Supermärkten, Handwerksbetrieben und Baubetrieben. Die Kommunen benötigen einen Ersatz dafür, dass ihnen ein großer Arbeitgeber und damit eine enorme lokale Wirtschaftskraft entzogen wird: „Es muss Bund und Land gelingen, den betroffenen Kommunen in einer schwierigen Zeit einen Weg zu weisen, damit sie die Konversion langfristig als Chance für ihre Orte entwickeln können. Die Kommunen brauchen jetzt dringend Hilfe zur Selbsthilfe.“

Auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach, verlangte von Bund und Freistaat eine Unterstützung der von den Sparplänen betroffenen Regionen. „Die tiefen Einschnitte der Bundeswehrreform haben in den betroffenen Gemeinden und Landkreisen erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Arbeitsplatzangebot. Der Bund und der Freistaat Bayern müssen daher alles unternehmen, um strukturelle Anpassungen und Konversionsprozesse zu erleichtern. Ich fordere daher konkret, den Förder-

mitteleinsatz insbesondere im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ (GRW) sowie der Städtebauförderung zu erhöhen.“ Kreidl geht davon aus, dass den Kommunen die nicht mehr notwendigen Militärräume zeitnah und zu vertretbaren Bedingungen überlassen werden.

Strukturschwach und demografisch problematisch

Bundeswehrstandorte sind laut Kreidl gerade in strukturschwachen und demografisch problematischen Gebieten eine wichtige Basis für jede wirtschaftliche Entwicklung und können letztlich die Zukunft eines Gebietes mitentscheiden. Ein Bundeswehrstandort im ländlichen Raum helfe, die Infrastrukturen auszulasten und der Abwanderung entgegenzuwirken. „Die Schließung und teilweise Streichung von Bundeswehrstandorten treffen den ländlichen Raum in Bayern empfindlich. Ich fordere daher, dass der nun folgende Anpassungsprozess möglichst standort- und kommunalfreundlich gestaltet wird“, so Kreidl.

Der Präsident erwartet, dass die militärischen Liegenschaften in ländlichen Gegenden auch unterhalb des Marktpreises an die Kommunen abgegeben werden: „So können Anpassungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen der Konversion von Militärliegenschaften auch zu einem wirtschaftlichen Erfolg für die betroffene Region werden. Ich stelle mir zum Beispiel Investitionen in den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur wie die Erschließung von Gewerbeparks vor. Auch zusätzliche Projekte zur Energiegewinnung und Verbesserung der Verkehrs-

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Aussetzung der Wehrpflicht, die Herausforderungen des demographischen Wandels und die Ausrichtung der Bundeswehr auf veränderte Einsatzbedingungen haben tiefgreifende Veränderungen notwendig gemacht. Unter der Federführung von Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière wurde für die Bundeswehr ein neues Stationierungskonzept ausgearbeitet und am 26. Oktober 2011 vom Bundeskabinett gebilligt. Von den Veränderungen der Standortentscheidung ist auch der Freistaat Bayern in Bezug auf Schließungen von Kasernen und signifikanter Reduzierung der Dienstposten direkt betroffen.

Ciao Kaserne - Und was nun?

Die Standortentscheidung hat aus kommunalpolitischer Sicht Licht- und Schattenseiten. Einerseits konnte gemäß den Überlegungen durch „Ausdünnung“ von Dienstposten eine Reihe von Standorten in Bayern erhalten werden. Des Weiteren bleibt der Freistaat Bayern ein wichtiger Ausbildungsstandort für die Bundeswehr. In über 20 Ausbildungseinrichtungen werden auch künftig 6.000 Lehrgangsstellen beheimatet bleiben. Diese Stellen wurden im vorliegenden Konzept nicht mit ausgewiesen.

Gleichzeitig schmerzen der massive Truppenabbau an verschiedenen bayerischen Bundeswehrstandorten und insbesondere die Standortschließungen in Fürstentfeldbruck, Kaufbeuren, Penzing (eine Alt-Entscheidung von Bundesverteidigungsminister Peter Struck) und de facto auch in Kempten sehr.

Was bedeutet das für unsere Kommunen?



Kolumne Stefan Rößle

Es ist nicht nur ein schmerzlicher persönlicher Einschnitt für die betroffenen Soldaten, es hat Auswirkungen

► auf die zivilen Beschäftigten, ► auf die Zulieferbetriebe vor Ort, angefangen vom Bäcker und Metzger bis hin zu Märkten, Handwerksbetrieben und Dienstleistungsunternehmen,

► auf die kommunale Infrastruktur, die von den Bundeswehrleuten mitgenutzt wurde, für Arbeitsplätze sorgte und einer Abwanderung

im ländlichen Raum entgegenwirkte.

Den Kommunen wird ein großer Arbeitgeber und eine enorme lokale Wirtschaftskraft entzogen, dafür muss ein gerechter Ausgleich geschaffen werden.

Als ersten Schritt in diese Richtung könnte der Bund die frei werdenden Liegenschaften den Kommunen zu einem moderaten Preis anbieten, planerische und finanzielle Unterstützung bei der Konversion der Kasernengebäude, Hallen und Exerzierplätze leisten und Investoren anwerben.

Als weiterer Schritt könnte in den betroffenen Regionen die Städtebauförderung erhöht werden, um die strukturellen Anpassungen zu erleichtern.

Die KPV hält es für zwingend erforderlich, dass der Bund die Folgen der Standortschließungen mitabfedert.

Für den Freistaat Bayern hat Ministerpräsident Horst Seehofer bereits eine konzentrierte Aktion für die betroffenen Kommunen angekündigt. Bis Mitte November will die Bayerische Staatsregierung Vorschläge für konkrete und standortgenaue Hilfsmaßnahmen vorlegen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die betroffenen Kommunen auf die Unterstützung Bayerns verlassen können!

Ihr Stefan Rößle

infrastruktur könnten verwirklicht werden.“ Kreidl appellierte abschließend an Bund und Land, neben den Förderungen nach GRW und der Städtebauförderung auch eigene Sonderprogramme zur Konversion aufzulegen. DK

Bayerischer Landkreistag warnt:

Explodierende Abfallgebühren

Anlässlich der Beratung zum neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz, mit dem sich der Bundestag jüngst befasst hat, unterstricht der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, wie wichtig die Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Entsorgung ist: „Die Kommunen bieten heute eine gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft, die auch den Belangen der Ökologie, der öffentlichen Sicherheit und Sauberkeit Rechnung trägt. Wird die kommunale Steuerungsverantwortung in Zukunft beschränkt, so müssen die kommunalen Betriebe nicht nur mit Verlusten kalkulieren, sondern diese auch an die Bürger weitergeben, die sich auf höhere Gebühren einstellen müssen.“

Dr. Kreidl befürchtet, dass mit dem neuen Gesetzentwurf die Stellung der Kommunen zugunsten privater „Rosinenpicker“ geschwächt wird: „In günstig zu entsorgenden Gebieten werden private Entsorgungsunternehmen versuchen, parallel zu den von den Landkreisen aufgebauten Entsorgungsstrukturen die werthaltigen Abfälle zu sammeln. Die Kommunen müssten dagegen den Rest sammeln, der keine Erlöse bringt. Ein fairer Wettbewerb sieht anders aus!“

„Die Recyclingquoten in Deutschland sind mit 64 % die höchsten in Europa. Dieser Erfolg im Umweltschutz ist vor al-

lem den Kommunen zu verdanken und sollte nicht einer einseitigen Betrachtungsweise geopfert werden“, so Dr. Jakob Kreidl. Er fordert, die europarechtlichen Spielräume für regionale und lokale Selbstverwaltungen im Bereich der Daseinsvorsorge auszufüllen und die kommunale Steuerungsverantwortung im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz verbindlich zu verankern. □

daher von der Staatsregierung einen höheren Anteil am Steuerertrag, der über den kommunalen Finanzausgleich dann besonders den steuerschwachen Kommunen zu Gute kommt.“

Investitionen

Viele Kommunen können kaum an größere Ausgaben denken, sie müssen zunächst die Defizite decken und die Konsolidierung der gebeutelten Haushalte in Angriff nehmen. Es dauert unverändert an, bis alle Kommunen wieder handlungsfähig werden und Luft für dringend nötige Investitionen bekommen. Buckenhofer: „Die Ausgabenspirale, vor allem im Sozialen, dreht sich unverändert nach oben. Es bleibt vielfach bei der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Die Spielräume bleiben eng.“ □

Dr. Florian Herrmann designierter Vorsitzender des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit der CSU im Landtag

Dr. Florian Herrmann aus Freising wurde in der jüngsten Sitzung der CSU-Landtagsfraktion zum künftigen Vorsitzenden des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag gewählt. Die Wahl war notwendig geworden, weil der aktuelle Arbeitskreisvorsitzende Christian Meißner zum Landrat im Landkreis Lichtenfels gewählt worden ist. Am 15. Dezember, dem Tag vor seiner Vereidigung als Landrat, wird Meißner sein Landtagsmandat und seine Ämter im Landtag niederlegen. Gleichzeitig tritt Dr. Florian Herrmann dann seine Funktion als innenpolitischer Sprecher an.

„Ab jetzt zwei starke Innenpolitiker gleichen Namens“

„Aus dem Kreis mehrerer versierter Innenpolitiker in unseren Reihen hat die Fraktion Florian Herrmann gewählt“, sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid. „Florian Herrmann, der seit 2008 im Landtag ist, hat sich in kurzer Zeit einen Namen als sachkundiger und argumentationsstarker Innenexperte gemacht. Der Jurist arbeitet im Innenausschuss und im Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtags mit. Alle Politikbeobachter müssen ab heute wissen: Mit Innenminister Joachim Herrmann und unserem designierten innenpolitischen Sprecher Dr. Florian Herrmann haben wir nun zwei starke Innenpolitiker gleichen Namens in unseren Reihen. Leicht zu merken, aber bitte nicht verwechseln.“ □

Städtetag zur Steuerschätzung:

Kommunen schwimmen nicht im Geld

Die aktuelle Steuerschätzung bietet Anlass zur Erleichterung, aber eine Lösung der kommunalen Finanznöte bedeutet sie bei weitem noch nicht, erklärte der stellvertretende Geschäftsführer und Finanzreferent des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer.

„Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind zwar erfreulich, aber sie sind für die Kommunen kein Grund zum Jubel. Es überwiegt die Erleichterung, dass die Einnahmensituation der öffentlichen Kassen sich schneller zu entspannen scheint als selbst Optimisten prognostiziert haben. Trotz der schnelleren Konsolidierung kommen die Kommu-

nen nicht aus der Talsohle heraus, weil die Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, ungebremst weiter steigen. Außerdem sind die Defizite der Jahre 2009 und 2010 noch lange nicht abgebaut. Das Sprachbild von den 'sprudelnden Steuerquellen' erweckt einen falschen Eindruck, die Kommunen schwimmen nicht im Geld wie Dagobert

Duck,“ so Bernd Buckenhofer.

Schlüsselzuweisungen

Buckenhofer weist auf das Problem der unterschiedlichen Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Städten und Gemeinden hin: „Eine im Durchschnitt erfreuliche Entwicklung hilft den steuerschwachen Orten wenig. Sie sind auf zusätzliche Einnahmen durch staatliche Schlüsselzuweisungen angewiesen. Die Städte erwarten

Städtetag zur Einführung der Ehrenamtskarte:

Ruf nach Kostenbeteiligung

Das Bayerische Sozialministerium hat eine Ehrenamtskarte eingeführt. Der Bayerische Städtetag begrüßte zwar grundsätzlich das Anliegen, ehrenamtliches Engagement auszuzeichnen, kritisierte aber die mangelnde Finanzierung durch den Freistaat. Die Anerkennungskultur für das Ehrenamt von Städten und Gemeinden lasse sich nicht auf die Einführung einer Ehrenamtskarte reduzieren.

Die Städte beschäftigen sich seit längerem mit Möglichkeiten, bürgerschaftliches Engagement anzuerkennen. So führen die Kommunen Festveranstaltungen durch, bei denen verdiente Ehrenamtliche ausgezeichnet werden. Auf kommunaler Ebene gibt es teilweise jetzt schon Möglichkeiten, vergünstigte Eintritte für kommunale Schwimmbäder, Konzerte oder Theater zu bekommen. Neben der Förderung der Anerkennungskultur spielt die finanzielle Förderung des Ehrenamts bei den Kommunen eine Rolle: Bürgerschaftliches Engagement wird in Vereinen, der Feuerwehr oder karitativen Einrichtungen unterstützt. Die Kommunen setzen hauptamtliches Personal für die Organisation und Vermittlung unterschiedlicher Formen ehrenamtlicher Betätigung ein, zum Beispiel Freiwilligenagenturen oder Mehrgenerationenhäuser.

Mit einer Ehrenamtskarte will nun das Sozialministerium die kommunalen Vorarbeiten auf eine landesweite Ebene heben. Zugangsvoraussetzung für die Ehrenamtskarte ist nach der Ausschreibung des Sozialministeriums ein jährliches bürgerschaftliches Engagement von mindestens 250 Stunden. Die Ehrenamtskarte kann dann für eine Laufzeit von 3 Jahren ausgestellt werden.

Vergünstigungen

Die Karteninhaber können Vergünstigungen bei staatlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen erhalten. Der Städtetag hat sich von Anfang an positiv zum Projekt geäußert. Allerdings müsste eine landesweit gültige Ehrenamtskarte von Freistaat und Kommunen partnerschaftlich je zur Hälfte finanziert werden. Immerhin entstehen nicht nur laufende Kosten für

Ausstellung und Verwaltung von Ehrenamtskarten. Der Freistaat bietet den Kommunen lediglich die Plastikkarten unentgeltlich an. Den größten Kostenblock bilden jedoch Personalkosten für die Verwaltung, die ausschließlich bei den Kommunen anfallen. Vor allem aber müssen Kommunen kommunale und private Vergünstigungen einwerben und dauerhaft finanzieren. Die Beteiligung des Freistaats beträgt einmalig pro Landkreis oder kreisfreier Stadt 5.000 Euro.

Kompromissvorschlag

Die Städte hatten einen Kompromiss vorgeschlagen: Landesweite Vergünstigungen, die vom Sozialministerium finanziert werden, gelten für alle Karteninhaber. Örtlich eingebrachte Vergünstigungen werden nur an verdiente Bürger in der jeweiligen Heimatgemeinde gewährt. Diesen Vorschlag hat das Sozialministerium abgelehnt. Für den Großteil der kreisfreien Städte ist nicht akzeptabel, dass wieder einmal Wohltaten auf Kosten der Kommunen vom Freistaat verkündet werden. Ein Drittel der Landkreise hat sich bereit erklärt, die Ehrenamtskarte einzuführen; es bleibt zu hoffen, dass diese Landkreise ihre kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Frage der zusätzlichen Kostenbelastung in die Entscheidung eingebunden haben. □

Nachhaltigkeit vor..

(Fortsetzung von Seite 1) ständig sind. Es gebe Zuständigkeiten in Bund und Land und zusätzlich dazu im Freistaat fünf fachlich zuständige Ministerien. Die Energieagentur solle für eine Verbesserung der Situation sorgen. Dass diese freilich nur staatlich besetzt ist, stieß ebenso auf Kritik. Eine Einbindung der Kommunen vor allem im Lenkungsausschuss wurde als wünschenswert angesehen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage gestellt, weshalb die bereits in Bayern vorhandenen vier Energieagenturen keine Rolle spielen.

Planungsverbände

An die Lenkungsstelle Bezirksregierung soll nun die Bitte herangetragen werden, dass regionale Planungsverbände eingebunden werden. Zudem sollen die Landratsämter mehr Zuständigkeiten bekommen. Das Plädoyer der Landkreise lautete: „Nachhaltigkeit vor Schnelligkeit“. Der Ruf nach einem Förderprogramm für die Gebäudesanierung im öffentlichen Bereich wurde ebenso laut wie die Bitte, die Energiepreise nicht in die Kategorien ländlicher Raum/städtischer Bereich zu splitten.

Allgemeine Erleichterung herrschte darüber, dass Landschaftsschutzgebiete in der Verantwortung der Kommune (d. h. vor allem der Landkreise) bleiben. Die Landräte rieten dazu, bei der Erstellung der „Positivliste“ des Landesamtes für Umwelt auf Parallelplanungen der Kommunen zu achten. Darüber hinaus solle bei allen Überlegungen die Regionalplanung einbezogen werden.

Irritationen

Irritationen bestehen hinsichtlich der bayerischen Staatsforsten: So wurden über mehrere Jahre Standortsicherungsverträge mit privaten Investoren abgeschlossen. Diese Flächen können jetzt nicht verplant werden. Zudem werde eine hohe Pacht verlangt, die die Kommunen kaum bezahlen können.

Windflächenkulisse

Prof. Albert Göttle vom Landesamt für Umwelt erläuterte das Vorgehen der Behörde bei der Erstellung der Windflächenkulisse. Hier flössen neben der Windhöflichkeit noch weitere Faktoren wie die Möglichkeit zur Netzeinspeisung so-

wie Art und Umfang der Hindernisse und anderer Widerstände in die Erstellung der Flächenkulisse ein. Den Kommunen wurden seitens des Umweltministeriums frühzeitige Informationen zugesichert, sobald die Ermittlung der Windflächen belastbar vorliegt. Es wurde zugesagt, die Regionalplanung einzubinden.

Zonierung

Christina Kreitmayer (StMUGV) machte ihrerseits deutlich, dass die von ihrem Ministerium vorgeschlagene „Zonierung“ bei Naturparkschutzzonen und Landschaftsschutzgebieten lediglich einen Vorschlag zur Lösung von eventuellen Problemen darstelle und keine Vorschrift sei.

Standleitung

Markus Söder sagte zu, die „Standleitung“ zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und seinem Ministerium zu optimieren. Auch lud er die Landräte ein, sich bei fachlichen Unklarheiten jederzeit an die Behörde zu wenden. Die Fachleute seien gerne bereit, vor Ort über den Sachstand und das weitere Vorgehen zu informieren. **DK**

Bayerns Mittelstand investiert in seine Stärken

Herbstbilanz: LfA Förderbank versorgt 4.700 Firmen mit 1,4 Milliarden Euro

Kleine und mittlere Unternehmen investieren trotz EU-Schuldenkrise kräftig in ihre Wettbewerbsfähigkeit und nutzen dabei zinsgünstige Förderkredite. Von Januar bis September 2011 hat die LfA Förderbank Bayern gut 1,4 Milliarden Euro zugesagt – noch einmal 200 Millionen Euro mehr als im Rekord-Vorjahreszeitraum. Die Gelder fließen an rund 4.700 Firmen in allen Branchen, vom Handwerk über Handel und Industrie bis zum Dienstleistungsgewerbe und den Freien Berufen.

„Der Mittelstand ist selbstbewusst und investiert in seine Stärken. Mit den zinsgünstigen Krediten der LfA können die Unternehmen Investitionen in Höhe von nahezu 2,2 Milliarden Euro finanzieren. Die Firmen nehmen das Geld vor allem für Betriebsverweiterungen und Modernisierungen in die Hand, um Effizienz- und Technologievorsprünge aus-

zubauen. Das zeigt, dass sich kleine und mittlere Unternehmen von der Verunsicherung an den Finanzmärkten aufgrund der EU-Schuldenkrise nicht anstecken lassen“, erläuterte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Zuversicht

LfA-Chef Michael Schneider

ergänzte: „Ein weiteres gutes Zeichen ist die Investitionsbereitschaft der Existenzgründer: Für den Sprung in die Selbstständigkeit haben über 1.000 Jungunternehmer Startkredite in Höhe von rund 200 Millionen Euro nachgefragt, ein Plus von 6 Prozent auf hohem Niveau. Der Mittelstand investiert also mit Zuversicht in eine gute Ausgangsposition für das Jahr 2012. Für das laufende Jahr rechnet deshalb mit einem Gesamtkreditvolumen noch über dem bisherigen Rekordwert von 1,7 Milliarden Euro aus dem Vorjahr.“

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. □

Menschen machen...

(Fortsetzung von Seite 1) nahme zur Erhaltung und Steigerung von Qualität und Service im Gastgewerbe beitragen, zeigte sich der Minister überzeugt. Unternehmer und ihre Mitarbeiter hätten damit die Möglichkeit, in den Bereichen Hygiene, Recht, Unternehmensführung und Service-Qualität zusätzliche Qualifikationen zu erwerben.

Hohes Niveau

„Der Mitarbeiter ist der Schlüssel zum Erfolg. Die Bereitschaft zur Dienstleistung und Service am Gast auf hohem Qualitätsniveau erfordert von jedem einzelnen ein ausgeprägtes Maß an Verantwortungsbewusstsein, Engagement und Motivation“, bilanzierte Zeil. Stellvertretend für die vielen Mitarbeiter im bayerischen Tourismus zeichnete der Minister im Rahmen der Veranstaltung ehrenamtlich Tätige mit der „Medaille für besondere Verdienste um die bayerische Gastlichkeit“ aus.

„Gäste für Bayern zu begeistern, ist unsere Hauptaufgabe, aber dafür müssen wir erst die bayerischen Tourismuspartner und die Multiplikatoren der Medien und des Vertriebs für uns gewinnen“, stellte Sybille Wiedenmann, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing

GmbH (by.TM) heraus. „Nur gemeinsam mit den bayerischen Tourismuspartnern können wir neue spannende Angebote entwickeln und erfolgreich im Markt platzieren.“ Über 1.000 Partner aus ganz Bayern arbeiteten intensiv mit der Marketinggesellschaft zusammen, um im In- und Ausland neue Akzente zu setzen und die Gäste zu inspirieren, nach Bayern zu kommen. Bei themenspezifischen Netzwerktreffen und Workshops sowie Innovationstagen und -seminaren werde gemeinsam an den Konzepten von morgen gearbeitet, um die Wünsche und Erwartungen der Gäste im Idealfall noch zu übertreffen.

Kampagne Filmkulisse Bayern

Aktuelles Beispiel hierfür sei die Kampagne Filmkulisse Bayern, die Urlauber die Drehorte von Kultkrimis und Hollywood-Blockbustern im Freistaat hautnah erleben lasse. Eine Broschüre und eine Website stellen die Drehorte von „Der Bulle von Tölz“ bis „Die drei Musketiere“ und dazu passende Urlaubsangebote vor. Mit dem Bayerischen Gartennetzwerk lädt die by.TM dazu ein, die vielfältige Gartenkultur in Bayern mit allen Sinnen zu erleben. Zum Auftakt der

Zusammenarbeit hätten sich zwölf ganz unterschiedliche Gärten zu einem Netzwerk zusammengeschlossen – restaurierte Kurparks, duftende Kräutergärten, herrschaftliche Schlossanlagen und private Kleinode.

Im kommenden Jahr würden sich bereits rund 20 Gärten am Netzwerk beteiligen. Und mit der Kinderland-Hauptstadt habe die by.TM 2011 eine neue Familienurlaubs-Kampagne gestartet. Kinder hätten deutschlandweit zum ersten Mal einen ganzen Ort registriert und als Kinderland-Rat ihre Forderungen für einen glücklichen Urlaub formuliert. Mit mehr als 5.000 Besuchern sei der Kinderland-Hauptstadttag in Bad Hindelang ein Erfolg gewesen. Ermöglicht wurde er nur durch über 50 beteiligte Organisationen vor Ort mit Hunderten von Helfern. Im nächsten Jahr suche das Kinderland Bayern wieder seine Hauptstadt.

„Unser Leitmotiv bei der Angebotsentwicklung- und Vermarktung ist: Gemeinsame Ziele und Wege bringen Erfolge“, fasste Sybille Wiedenmann zusammen. „Denn diese neuen Projekte bedeuten für alle Beteiligten viel kreativen Einsatz und einen hohen Arbeitsaufwand sowie den Mut, neue Wege zu gehen. Das gelingt nur, wenn alle gemeinsam hinter den Ideen stehen.“ **DK**

(Fortsetzung von Seite 1) der Herausforderung ist trotz großer Fortschritte gewaltig. Wenn der Rechtsanspruch nicht pünktlich eingelöst werden kann, müssen die Eltern rechtzeitig Bescheid wissen. Deshalb müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam zügig Klarheit schaffen, ob die Realisierung des Rechtsanspruchs zum Sommer 2013 gefährdet ist.“

Rechtsanspruch

Wenn sich herausstelle, dass der Rechtsanspruch gefährdet ist, müssten umgehend geeignete Maßnahmen ergriffen werden, machte Ude deutlich. „Es muss verhindert werden, dass die Städte mit Klagen und Schadenersatzforderungen überzogen werden, falls der Rechtsanspruch am 1. August 2013 nicht erfüllt werden kann.“

Die von der Bundesregierung im Bundesdurchschnitt angeordnete Versorgung von 39 Prozent der Kinder unter drei Jahren reiche in vielen Städten nicht aus. In München, Frankfurt am Main, Nürnberg und Heidelberg werde zum Beispiel für das Jahr 2013 ein Bedarf von mindestens 50 Prozent erwartet. In Stuttgart sehe die jetzige Ausbauplanung 47 Prozent vor, erwartet werde aber ein Bedarf von rund 60 Prozent. Sehr viele Städte rechnen bereits fest mit Betreuungsquoten deutlich über 40 Prozent, darunter Hamburg, Bielefeld, Augsburg und Neuss. Auch ostdeutsche Städte wie Rostock und Dessau-Roßlau, die derzeit eine Versorgung von 45 bzw. 56 Prozent realisiert haben, fragen sich angesichts des Rechtsanspruchs, ob die Betreuungsangebote nicht noch weiter ausgebaut werden müssen.

Erhöhter Bedarf

Doch nicht nur der erhöhte Bedarf müsse bei der Prüfung bedacht werden, ob der Rechtsanspruch bis Sommer 2013 realisierbar ist, betonte Ude: „Die Finanzierung durch die Länder stellt ein großes Problem dar. Bisher hat nur ein Land aufgrund eines Gerichtsurteils anerkannt, dass es den Kommunen die Kosten für den Ausbau ausgleichen muss. Die Länder müssen endlich alle handeln und zusätzlich

zu den 4 Milliarden Euro des Bundes das noch fehlende Geld bereitstellen. Die Länder haben im Bundesrat den Ausbau der Betreuung mitbeschlossen und können sich jetzt nicht heimlich davonstellen und die Eltern im Regen stehen lassen.“ Ohne hinreichende Finanzmittel aus den Ländern könne der Rechtsanspruch zum 1. August 2013 nicht umgesetzt werden.

Vizepräsidentin Roth meinte zur Größenordnung der noch zu schaffenden Plätze: „Die Kommunen und freien Träger haben schon viel geleistet, zwischen 2006 und 2010 sind 185.000 Plätze geschaffen worden. Wir brauchen aber bundesweit immer noch deutlich mehr als 200.000 zusätzliche Plätze. Selbst bei günstigen Annahmen fehlen noch mindestens 200.000 Plätze, um 750.000 Plätze zu erreichen. Damit wird aber erst eine Versorgung von 39 Prozent der unter Dreijährigen sichergestellt.“ Wenn ein Rechtsanspruch dagegen zum Beispiel bedeute, dass die Eltern in den westlichen Ländern so viel Betreuung nachfragen wie in Ostdeutschland – rund 46 Prozent –, dann würden noch deutlich mehr als 300.000 Plätze benötigt.

Geeignete Grundstücke

Roth verwies darauf, dass es außerdem vor Ort häufig an geeigneten Grundstücken für geplante und oft schon beschlossene Baumaßnahmen fehle und zum Teil auch Fachkräftemangel herrsche: „In einigen Städten besteht die große Sorge, dass der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern nicht gedeckt werden kann.“

In den vergangenen Jahren seien bereits erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die Mobilität geeigneter Fachkräfte zu fördern und zum Beispiel arbeitslose Erzieherinnen und Erzieher in den neuen Ländern für andere Regionen anzuwerben. Das Deutsche Jugendinstitut habe kürzlich Modellrechnungen vorgelegt, die zwar nicht von einem flächendeckenden Personalnotstand ausgeben, dies aber für einzelne Regionen nicht ausschließen können.

Für einen Fortschritt gegenüber den ursprünglichen Gesetzesplänen hält der Deutsche Städte- tag die Korrekturen der Bundes-

regierung und der Regierungsfractionen zum Kreislaufwirtschaftsgesetz. „Nach langen Verhandlungen sind die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen den Kommunen entgegenkommen. Den geänderten Gesetzentwurf können wir mittragen, auch wenn er in wesentlichen Punkten hinter unseren Forderungen zurückbleibt“, betonte Christian Ude.

Liberalisierung

Die Regierung hatte lange an Plänen für eine starke Liberalisierung der Abfallwirtschaft festgehalten. Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah vor, dass private Entsorger im Rahmen einer so genannten gewerblichen Sammlung die Wertstoffe aus den Haushaltsabfällen bei den Bürgern hätten abholen können, während die teure Restmüllentsorgung an den Kommunen hängen geblieben wäre – auch wenn dies Gebührenerhöhungen zur Folge gehabt hätte. Darauf hatten die Kommunen und ihre Verbände immer wieder hingewiesen.

„Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen sind mit den Korrekturen am Gesetzentwurf einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Wir haben in den vergangenen Monaten immer wieder vor dem Rosinenpicken privater Firmen zu Lasten der öffentlich-rechtlichen Entsorger und letztlich der Gebühren zahlenden Bürger gewarnt. Dieses Rosinenpicken wird jetzt deutlich erschwert“, so Ude. Denn private Entsorger dürften sich nicht wirtschaftlich lukrative Stoffe zur Wiederverwertung herausuchen können und den Kommunen den wertlosen Restmüll überlassen, den diese dann auf Kosten der Gebührenzahler zu beseitigen haben.

Es müsse sichergestellt werden, dass die derzeit bestehenden hochwertigen, den lokalen Verhältnissen angepassten Bringsysteme zur Abfallentsorgung – zum Beispiel Wertstoffhöfe – uneingeschränkt erhalten bleiben können. Außerdem werde erwartet, dass die Aussage des Bundesfinanzministeriums eingehalten und durch die Gesetzesnovelle die Befreiung der kommunal verantworteten Entsorgungstätigkeit von der Umsatzsteuer nicht tangiert wird. **DK**

Aschaffenburg:

Chance auf Internet in Lichtgeschwindigkeit

Telekom strebt Glasfaserausbau bis in die Häuser an / Der Bürger entscheidet

Aschaffenburg hat die Chance, als eine der ersten Städte in Deutschland an das neue Hochleistungsnetz der Telekom angeschlossen zu werden. Ein Netz ganz aus Glasfaser – vom heimischen Computer bis ins Internet. Glasfaser ist das schnellste Leitermedium der Welt. Daten, Filme und Musik können auf einer Glasfaser in Lichtgeschwindigkeit übertragen werden. Damit die Telekom Glasfaser ausbauen kann, muss Aschaffenburg mitziehen. „Den Glasfaser-Ausbau können wir nur gemeinsam stemmen“, sagte Bernd Hahn, regionaler Projektleiter bei der Deutschen Telekom für den Glasfaser-Ausbau, bei der Vorstellung des Mammutprojekts. „Nur wenn die Stadt, die Immobilienbesitzer und die Bürger uns unterstützen, können wir Aschaffenburg mit der neuen Technik versorgen.“

Der erste Schritt wurde heute getan: Die Stadt Aschaffenburg hat beim offiziellen Startschuss signalisiert, dass sie den Glasfaser-Ausbau unterstützt und einen entsprechenden Kooperationsvertrag unterschrieben: „Wir freuen uns sehr, dass die Telekom in Aschaffenburg Glasfaser ausbauen möchte. Das ist ein weiterer Beleg für die Attraktivität von Aschaffenburg als

Wohn- und Wirtschaftsstandort“, sagte Oberbürgermeister Klaus Herzog. „Ich kann alle Grundstücks- und Wohnungsbesitzer im Ausbaubereich herzlich dazu einladen, an diesem Projekt teilzunehmen. Das ist eine Riesenchance für unsere Stadt.“

Im nächsten Schritt wird die Telekom Gespräche mit den Immobilienbesitzern, Wohnungswirtschaften, Eigentümergemeinschaften sowie den Mehrfamilienhausbesitzern führen. Denn ein Haus kann nur angeschlossen werden, wenn ein so genannter Nutzungsvertrag für lichtwellenbasierte Grundstücks- und Gebäudernetze (NVGG) vorliegt. „Nur wenn wir eine sehr hohe Zahl an Gebäuden in dem Ausbaubereich anschließen dürfen, können wir den nächsten Schritt gehen und unsere neuen Produkte für die Glasfaserleitung anbieten“, sagte Bernd Hahn.

Wie das Glasfasernetz nach Aschaffenburg kommt

Aus den rund 8000 Vorwahlbereichen bundesweit hat die Telekom einige Anschlussbereiche ausgewählt, die optimal für den Glasfaser-Ausbau geeignet sind. Dabei wurden eine große Zahl an Parametern zu Rate gezogen: wirtschaftliches Potenzial des Ausbaubereichs, die Gebäudestruktur und die vorhandene technische Infrastruktur.

war das Programm „startup@it-sa“, eine Möglichkeit für junge Unternehmen, sich, ihre Produkte sowie Leistungen neu auf dem IT-Sicherheitsmarkt zu präsentieren und Kontakte zur Branche aufzubauen. Als Brückenschlag zur akademischen Welt fungierte die Sonderfläche „campus@it-sa“. Sie eröffnete Hochschulen die Möglichkeit, entwickelte Produkte und Forschungsergebnisse vorzustellen.

Cybercrime-Fälle

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hielt die Eröffnungsrede auf dem diesjährigen MesseCampus; eine Veranstaltung von Deutschland sicher im Netz und it-sa Benefiz für Studierende, Professoren und Vertreter der IT-Wirtschaft. Laut Innenminister Friedrich werden täglich geschätzt 21.000 Websites weltweit mit Schadpro-

grammen infiziert, bundesweit sind die Cybercrime-Fälle um 19 Prozent gestiegen. Er betonte jedoch, dass die Dunkelziffer erheblich höher ist. Friedrich rief dazu auf, ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit von IT-Sicherheitsmaßnahmen zu schaffen.

Ausbau-Entscheidung 2012

In Kürze informieren Telekom-Mitarbeiter die Anwohner in den Ausbaubereichen persönlich und stellen ihnen den neuen Glasfaser-Anschluss vor. Nur wenn sich viele Bürger beteiligen, wird die Telekom das neue Netz aufbauen. Die Ausbau-Entscheidung fällt voraussichtlich Anfang 2012. Für die Verlegung des hochmodernen Glasfasernetzes wären aufwändige Tiefbauarbeiten notwendig. Der Glasfaser-Ausbau würde in Aschaffenburg in die Millionen gehen. Die Kosten trägt allein die Deutsche Telekom. Deshalb kann die Technik nur dort aufgebaut werden, wo es genügend Interesse seitens der Bürger gibt.

Ein Netz ganz aus Glas

Bisher wurden die Telefon- und Internetsignale auf dem letzten Stück zwischen dem Verteilerkasten auf der Straße und dem Wohnungsanschluss auf einer Kupferleitung übertragen. Im Kupferkabel nimmt die Übertragungsgeschwindigkeit aber Meter für Meter ab. Beim Glasfaser-Ausbau wird die Glasfaser-Leitung bis nach Hause verlegt und endet erst dort, wo sich die Telefonbuchse befindet. Die Technik wird als „Fibre to the Home“ (FTTH) bezeichnet – auf Deutsch: „Glasfaser bis nach Hause“.

Kupferkabel gibt es in diesem Telefonnetz nicht mehr, die Signale werden nur noch optisch

übertragen. Zunächst werden Geschwindigkeiten von bis zu 200 Megabit pro Sekunde beim Herunterladen und 100 Megabit pro Sekunde beim Heraufladen angeboten. Später sind auch höhere Geschwindigkeiten möglich. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Menschen im Internet nur nach Informationen gesucht haben. Heute werden über das Internet Text, Fotos und Videos geteilt – geschäftlich und privat. Die Geschwindigkeit beim Heraufladen nimmt deshalb an Bedeutung immer mehr zu.

Erfolgreiche Beteiligung

Insgesamt rund 90 Prozent der ausstellenden Unternehmen haben ihre Beteiligung an der Messe als Erfolg gewertet. Über 90 Prozent der ausstellenden Unternehmen knüpfen auf der it-sa neue Geschäftskontakte. Ein erfolgreiches Nachmesse-geschäft erwarten mehr als 86 Prozent der Aussteller. Noch während der Messelaufzeit gab es sieben von zehn Unternehmen an, dass sie sich auch 2012 an der it-sa beteiligen werden. **DK**

Warum ein Glasfaser-Anschluss den Wert der Immobilien steigert

Warum ein Glasfaser-Anschluss den Wert der Immobilien steigert

Mit dem Glasfaser-Anschluss bekommt ein Privathaushalt den schnellsten Zugriff auf das Internet über eine einzige Leitung. Damit kann man unter anderem das TV-Angebot „Entertain“ nutzen mit dreidimensiona-

lem Fernsehen (3D), hochauflösenden Filmen sowie einer Online Videothek und zeitversetztem Fernsehen.

Für die Zukunft gerüstet

Glasfaser bietet die ideale Basis für zukünftige Dienste und Anwendungen wie Telemedizin, Online-Fortbildungen (e-Learning) und die elektronische Übermittlung des Stromverbrauchs (Smart Metering). Außerdem sind Glasfasern im Vergleich zu Kupferkabeln resistenter gegen Störungen und altern nicht. Eine Immobilie mit Glasfaser ist für die Zukunft bestens gerüstet. Sie lässt sich einfacher vermieten oder verkaufen. Der Glasfaser-Anschluss ist eine Infrastrukturentscheidung für die nächsten 40 bis 50 Jahre. **Weitere Informationen über den Glasfaserausbau gibt es unter der kostenlosen Telefonnummer (0800) 77 33 888 oder auf www.telekom.de/glasfaser.**



Bundinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich bei seiner Rede. Bild: Messe Nürnberg/Thomas Geiger

Erfolgreiche IT-Fachmesse it-sa in Nürnberg:

Passgenaue Information

Ganz im Zeichen der IT-Sicherheit stand für drei Tage der Messeplatz Nürnberg: Mit über 5.800 Fachbesuchern, 322 Ausstellern und einem Flächenwachstum von über 25 Prozent hat sich die it-sa als der wichtigste IT-Security-Branchentreff Europas etabliert. Über 250 Vorträge auf den offenen Foren sowie begleitende Workshops, Fachtagungen und Kongresse griffen aktuelle Themen auf.

Die Schwerpunkte der it-sa 2011 lagen in den Bereichen Sicherheit für mobile Anwendungen und Endgeräte, Cloud Computing, Datenschutz, Web Application Security, Authentifizierung und Social Media. Darüber hinaus adressierte die Messe alle Aspekte der Informationssicherheit von A wie Abhörschutz und Applikationssicherheit bis Z wie Zertifizierung und Zugriffsschutz.

Gezielte Informationen zu einzelnen Themengebieten der IT-Sicherheit fanden die Fachbe-

sucher auf fünf Sonderflächen. „Das perfekte Rechenzentrum – Planung, Bau und Technik“ stellte die einzelnen Komponenten der Sicherheitsarchitektur für Rechenzentren vor. Auf der „Convergence Area“ demonstrierten Unternehmen den Mehrwert der Konvergenz physischer und logischer Sicherheit.

Chance für junge Unternehmen

Ein Novum auf der it-sa 2011



In der öffentlichen Verwaltung braucht man echte

SPEZIALISTEN

für kommunale Software und Dienstleistungen finden Sie bei DATEV.

DATEV unterstützt Sie mit einem umfassenden kommunalen Softwareangebot zu günstigen Konditionen. Für zuverlässige Abläufe in der Verwaltung und höchste Datenschutzstandards. Denn Sicherheit ist unsere Stärke. Auch was die Sicherung Ihrer wertvollen Investitionen betrifft. Schließlich können Sie sich beim genossenschaftlichen IT-Dienstleister auf ein in jedem Fall verlassen – eine beständige Partnerschaft. Informieren Sie sich unter der Telefonnummer 0800 0114348. www.datev.de/kommunal

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

NABU und E-Plus Gruppe:

Handy-Ranking hilft Verbrauchern

Maßnahmenpaket für grünen Mobilfunk

Das moderne Leben ist ohne Handy kaum noch vorstellbar. Doch hat auch diese Medaille zwei Seiten: Für die Herstellung von Handys werden wertvolle Rohstoffe benötigt und der Betrieb des Mobilfunknetzes braucht reichlich Strom. Dieses Dilemma für umweltbewusste Bürger und erst recht für aktive Naturschützer haben die E-Plus Gruppe und NABU (Naturschutzbund Deutschland e. V.) erkannt und nun den bundesweit einzigen grünen Mobilfunktarif entwickelt, mit dem mobiles Telefonieren umweltfreundlicher wird.

„Grüner telefonieren“ heißt konkret, dass beim Umwelt-Tarif auf ein neues Mobilfunkgerät bewusst verzichtet wird und man sich für einen „SIM-only“-Tarif entscheidet. E-Plus stellt dem NABU 15 Prozent des monatlichen Netto-Rechnungsbetrags für ausgewählte Natur- und Umweltschutzprojekte zur Verfügung. Wenn irgendwann doch ein neues Endgerät benötigt wird, bietet das neue NABU-Handy-Ranking für Verbraucher eine hervorragende Orientierungshilfe.

Unabhängige Studien

Das NABU-Handy-Ranking bewertet Mobiltelefone auf der Grundlage von Herstellerangaben und unabhängigen Studien nach ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Maßstäben. Es setzt sich aus einer Bewertung des Endgeräts und der Hersteller zusammen. Bei jedem Kriterium kann eine Maximalpunktzahl von 10 Punkten erreicht werden, die unterschiedlich gewichtet in die Gesamtbewertung eingehen.

Die Liste der Kriterien für die Bewertung von Mobiltelefonen ist äußerst umfangreich. Als Kategorien dienen die Begriffe Energie, Gesundheit, Ressourcenschonung, Bewertung des Zubehörs und Bewertung des Herstellungsprozesses. In der Kategorie Gesundheit beispielsweise wird die Frage gestellt, welche umwelt- und/oder gesundheits-schädlichen Stoffe im Endgerät verbaut sind. Die Begründung hierzu liefert Dr. Benjamin Bongardt, NABU-Referent für Umweltpolitik: „Viele der in Mobiltelefonen und Akkus enthaltenen Stoffe sind stark gesundheits- und umweltschädigend.“

Dies betrifft vor allem die Herstellung/Gewinnung und die Entsorgung bzw. Wiederverwertung, da die Substanzen während dieser Prozesse freigesetzt werden und giftige Abfallprodukte entstehen.“

Schadstoffcheck

„In Zusammenhang mit niedrigen Umwelt- und Arbeitssicherheitsauflagen bzw. Beschäftigung im informellen Sektor insbesondere in Entwicklungsländern ist dieser Aspekt von hoher Bedeutung“, so Bongardt weiter. Zudem könnten sich die Substanzen auch während der Nutzung des Endgeräts negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirken, etwa über dauerhaften Kontakt mit der Haut.

Für jeden der besonders in der Kritik stehenden, hier aufgeführten Schadstoffe wird ein Punkt abgezogen. Führt der Hersteller lediglich auf, welche Stoffe nicht im Endgerät enthalten sind, geht das Ranking davon aus, dass alle anderen aufgeführten Problemstoffe enthalten sind, weshalb es zu einem Punktabzug kommt.

Rohstoffverbrauch

Das Kriterium „Wie lange ist die Betriebszeit des Akkus im Standby-Modus?“ wird beispielsweise wie folgt begründet: „Unabhängig davon, wie viel Energie ein Telefon tatsächlich verbraucht, hilft ein leistungsfähiger Akku, die Aufladevorgänge zu minimieren. Das resultiert in einer längeren Lebensdauer des Akkus und damit geringerem Rohstoffverbrauch, weil der Akku seltener ausgetauscht werden muss.“

Bei der Bewertung des Herstellungsprozesses in Bezug auf ökologische und soziale Kriterien zieht das Handy-Ranking zwei verschiedene Studien hinzu: den Greenpeace Guide to Greener Electronics (Oktober 2010) und die Studie zu Konfliktmineralien „Getting to Conflict Free“ im Rahmen des Enough-Projekts (Dezember 2010). Bei dem „Enough Project“ handelt es sich um eine der Nichtregierungsorganisationen in Washington, die versuchen, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass mit dem Verkauf von Rohstoffen, wie sie in Handys, anderen elektronischen Geräten, Autos oder Schmuck zu finden sind, oft Mord und Vergewaltigung im Kongo finanziert werden.

Herstellungsprozess

Laut NABU „ist die Einbeziehung des Herstellungsprozesses in die Bewertung neben der Bewertung individueller Endgeräte deshalb so wichtig, um Maßnahmen zu würdigen, die insgesamt die Auswirkungen der Herstellung aller Mobiltelefone minimieren“.

Der aktuelle Greenpeace Guide umfasst die 18 größten Elektronikhersteller und deckt damit den Handy-Markt nahezu komplett ab. Die Hersteller werden in Bezug auf ihren Umgang mit Chemikalien, Elektroschrott (Entsorgung) und mit Energie in insgesamt 15 Subkategorien bewertet. So kann die ökologische Komponente des Herstellungsprozesses abgedeckt werden.

Die Studie zu Konfliktmineralien „Getting to Conflict Free“ bezieht sich auf die für die Mobiltelefonindustrie unverzichtbaren Materialien Tantal, Wolfram, Zinn und Gold. Aufgrund ihrer Seltenheit und ihres hohen ökonomischen Wertes sind diese Metalle vor allem in Zentralafrika ursächlich für verschiedene kriegerische Auseinandersetzungen und werden häufig unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen abgebaut.

Teilweise werden die Konflikte wiederum aus den Erlösen der Mineralien finanziert, wodurch ein schwer zu durchbrechender Teufelskreis entsteht.

Die Getting to Conflict Free-Studie bewertet qualitativ, ob Unternehmen Ansätze ausarbeiten und Prozesse unterstützen, die in dieser Branche zu Veränderungen führen können. Als Vorbild dienen die Textil-, Diamanten und Forstindustrie, in denen bereits Fortschritte erzielt wurden. Die Initiatoren der Studie zielen vor allem auf die Marktmacht der international agierenden Unternehmen ab. Sie sind als die entscheidenden Akteure in der Lage, Druck auf die gesamte Lieferkette auszuüben und Sozialverträglichkeit in Bezug auf die Rohstoffgewinnung und den Herstellungsprozess zu gewährleisten.

Transparenz

Zu der Bewertung zählen die Bemühungen der Unternehmen, Transparenz zu schaffen, themenfokussiert über Nachhaltigkeit zu kommunizieren bzw. Gesetzgebungsverfahren in Bezug auf die Konfliktmineralien zu unterstützen.

Die Enough-Studie ist im Handy-Ranking zunächst die einzige Datenquelle im Bereich der Sozialstandards bei der Produktion und Rohstoffgewinnung. Ab 2012 soll diese Kategorie allerdings um eine Bewertung der oftmals prekären Arbeitssituation in den Produktionsstätten und Lieferantennäher der Rohstoffe ausgeweitet werden.

Datenlage

Aufgrund der Vielzahl von Zulieferern, Produktionsstätten und Herstellern sowie der spärlichen Verfügbarkeit von Daten ist dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Einbeziehung der Getting to Conflict Free-Studie in das gesamte Ranking ermöglicht jedoch nach Angaben des Naturschutzbundes Deutschland „zumindest eine Einschätzung, inwiefern Unternehmen überhaupt bereit sind, an bestehenden Strukturen in der Lieferkette etwas zu ändern bzw. sie transparenter zu gestalten“. Daher sei es vertretbar, zumindest in der ersten Phase des Handy-Rankings ausschließlich die Studie des Enough-Projekts in der Kategorie Sozialstandards zu nutzen. **DK**

Neue Finanzsoftware für Kommunen:

DATEV Rechnungswesen kommunal pro ist jetzt verfügbar

Die seit Kurzem in den neuen Versionen aus der Softwarelinie DATEV pro verfügbare Software für das Management der Finanzen in Kommunen und kommunalen Unternehmen stand im Mittelpunkt des Auftritts der Nürnberger DATEV eG auf der Messe Moderner Staat in Berlin. Darüber hinaus präsentierte der IT-Dienstleister auf seinem Stand im Messegelände Berlin sein komplettes Produkt- und Leistungsspektrum für den Public Sector. Kern des Angebots war das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen.

Hohe funktionale Integration

Mit den neuen Versionen profitiert auch der Public Sector von den Fortschritten der Software-Generation DATEV pro. Diese zeichnet sich insbesondere durch Übersichtlichkeit, eine hohe funktionale Integration, einen neu gestalteten, einheitlichen Stammdatendienst sowie moderne Such- und Gruppierungsmöglichkeiten aus, die mit den bewährten Funktionen der DATEV-Software nahtlos ineinander greifen. Das Software-Paket ermöglicht eine unkomplizierte Budgetierung, Mittelbewirtschaftung und Haushaltssteuerung. Ergänzt werden die Funktionen durch die Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge. Darüber hinaus lässt sich das Finanzwesen-System durch ein Lohn- und Gehaltsprogramm erweitern, das auch die Besoldung von Beamten abdeckt.

Anforderungen der Zukunft

In einem Fachvortrag gab DATEV darüber hinaus Hinweise, wie den anstehenden Herausforderungen im Finanzwesen zu begegnen ist. Der Referent, Bernd Eckstein, Leiter Vertrieb Public Sector bei der DATEV eG, lieferte darin Lösungsansätze zum Themenkomplex Jahresabschluss, Gesamtabchluss und E-Bilanz im Public Sector. Dabei wurden unter anderem vorausschauend die neuen Anforderungen thematisiert, die in absehbarer Zukunft mit der beschlossenen E-Bilanz auch im öffentlichen Bereich für den Jahresabschluss gelten werden. Der Vortrag fand am Messe-Dienstag im Rahmen des Best Practice Forum II statt. **□**

Neues Projekt „Bildungsportal Bayern“:

Keimzelle Landkreis Ostallgäu

Im Freistaat wird ein neues Bildungsportal aufgebaut. Der Internet-Auftritt soll Angebote der Weiterbildung und der Erwachsenen-Bildung in ganz Bayern bündeln. Ein Vorläufer besteht bereits im Ostallgäu. Das Portal wird von den Volkshochschulen betrieben.

Kultusstaatssekretär Thomas Kreuzer, der im Rahmen einer Pressekonferenz den offiziellen Startschuss für das Projekt gab, zitierte den französischen Autor Rabelais: „Es ist weise, aus jeder Quelle zu lernen. Die Erwachsenenbildung hat zum Glück solide Antworten auf das Bildungsbedürfnis der Menschen parat. Der Bayerische Volkshochschulverband (bvV) hat einen zeitgemäßen und verlässlichen Bildungs-Wegweiser entwickelt: Das Bildungsportal Bayern!“

Regionale Bildungsangebote

Keimzelle des Bildungsportals ist der Landkreis Ostallgäu. Seit Anfang 2010 ist das Bildungsportal Ostallgäu online, zunächst für den Landkreis Ostallgäu und die kreisfreie Stadt Kaufbeuren. Seit April 2011 ist das ganze Allgäu eingebunden. Lernende finden dort zum Beispiel regionale Bildungsanbieter – Ämter, Akademien und Arbeitsgemeinschaften. Die Angebote sind auch nach Branchen aufgelistet. Kurse und Veranstaltungen sind in chronologischer Form zusammengetragen.

Johann Fleschhut, Landrat des Landkreises Ostallgäu und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Allgäu GmbH, rief alle Bildungsanbieter im Landkreis auf, sich zu vernetzen. In kurzer Zeit stieg das Angebot von anfangs 30 Bildungsanbietern auf 1.200 Kurse auf 61 Anbieter und 2.000 Kurse und weitete sich vom Landkreis

Ostallgäu auf das gesamte Allgäu aus. Die große Nachfrage machen auch die 195.000 Aufrufe von www.bildung-allgaeu.de im Monat September 2011 deutlich.

„Wir wollen das Bildungsportal auf ganz Bayern ausweiten und allen lernbedürftigen und lernwilligen Bürgern die regionalen Bildungsangebote verfügbar machen!“, hob Karl Heinz Eisfeld, Erster Vorsitzender des bvV hervor. Eisfeld erläuterte, dass neben der technischen Lösung, alle trägerübergreifenden Angebote zu bündeln, der Mensch im Vordergrund steht, für den lebensbegleitend auf Wunsch eine qualifizierte Bildungsberatung verlässlich ermöglicht wird.

Das Portal wird Anfang November 2011 in 14 bayerischen Regionen weiter ausgebaut. Bis zum Jahr 2013 werden 60 Kommunen über das datengestützte bayernweite Portal mit regionalspezifischer Steuerung verfügen. Der Bayerische Volkshochschulverband soll die Seiten einrichten und unterhalten.

Kulturfonds Bayern

Ermöglicht wird dieses Gemeinschaftswerk des Freistaates Bayern, der Allgäu GmbH und des Bayerischen Volkshochschulverbandes erst durch die finanzielle Unterstützung des Freistaates Bayern. 145.000 Euro fließen aus den Mitteln des Kulturfonds Bayern in das zweijährige Projekt und ermöglichen ein wirkungsvolles Zusammenspiel von Staat, Kommune und Bildungsträgern. **DK**



Jim Beam, Kentucky?

Slyrs, Schliersee!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

16. Fortbildungsseminar in München:

Blickpunkt Geoinformationssysteme

Veranstalter: Runder Tisch GIS e.V. und TU München

Bereits zum 16. Mal luden Runder Tisch GIS e.V. und die Technische Universität München zum Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme ein. Im Netzwerk Runder Tisch GIS e.V. engagieren sich über 200 Mitglieder aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft mit dem Ziel, den Dialog und die Kooperation im Geoinformations-Markt zu fördern. Das viertägige Fortbildungsseminar war mit annähernd 400 Teilnehmern für die Veranstalter ein voller Erfolg.

Die Diskussionen um Google Street View zeigen: Der Begriff Geoinformation ist bei der breiten Masse angekommen. Nicht zuletzt tragen hierzu aber auch Initiativen wie OpenStreet-Map oder die verbreitete Nutzung von Geoinformation mittels mobiler Geräte wie dem iPhone bei. Auch das hochaktuelle Thema Cloud Computing hat die GIS-Welt erreicht. Diese aktuellen Trends und die neuesten Entwicklungen in den Bereichen Spatial Data Mining, 3D, Geovisualisierung sowie Trends bei Energie- und Umweltfachanwendungen standen heuer im Mittelpunkt.

Schulungen und Workshops

Das Programm umfasste ein bis zweitägige Intensivschulungen und Workshops, gefolgt von einer zweitägigen Vortragsveranstaltung mit 30 Vorträgen, die dieses Jahr erstmals in parallelen Sessions statt fanden. Auf einer Firmenausstellung konnten sich die Besucher über die neuen Entwicklungen von GIS-Herstellern, Dienstleistern und den öffentlichen Verwaltungen informieren.

Energiesystemanalyse

Wie Thomas Hamacher von der TU München erläuterte, waren, sind und bleiben Städte Zentren der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Methoden und Werkzeuge müssten entwickelt werden, um die wei-

tere Entwicklung auch und gerade unter den Aspekten des Energieverbrauches und der Energieversorgung zu gestalten. Die klassischen Disziplinen der Stadt- und Raumplanung, die in der Geographie und der Architektur beheimatet sind, müssten um weitere Disziplinen ergänzt werden. Die Energiesystemanalyse werde dabei ein neuer wichtiger Bestandteil. Ob dann diese Methoden auch in anderen Weltregionen eingesetzt werden können, müsse sich dann in Feldstudien erweisen. Ohne Zweifel lasse sich aber festhalten: „Energetische Stadtplanung ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts.“

Datenschutz

Karl Rehl von der Salzburg Research Forschungsgesellschaft wies darauf hin, dass eine wesentliche Herausforderung ortsbezogener Dienste jene des Datenschutzes bzw. der Privatsphäre der Nutzer ist. Die wiederkehrende Bestimmung des Aufenthaltsortes von Personen führe unweigerlich zu einer Verletzung der Privatsphäre. Wichtig im Zusammenhang mit der Frage des Datenschutzes sei, wie Anwendungen mit den technischen Möglichkeiten der Lokalisierung und der Verknüpfung der Lokalisierungsdaten mit anderen personenbezogenen Daten umgehen. Probleme mit dem Datenschutz von Lokalisierungsdaten ergäben sich meist dann, wenn eine Verknüpfung der Daten mit den Iden-

titäten von Personen oder Objekten hergestellt wird.

Eine Strategie zur Sicherung der Privatsphäre sei es, die Nutzer jedes Mal um Erlaubnis zu fragen, bevor eine Lokalisierung durchgeführt wird. Dadurch könne sichergestellt werden, dass eine Lokalisierung nur dann stattfindet, wenn Nutzer auch zustimmen. Bei wiederkehrenden Lokalisierungen sei diese Vorgehensweise allerdings nicht zielführend.

Ortsbezogene Dienste

Die zukünftigen Herausforderungen von ortsbezogenen Diensten ergeben sich laut Rehl vor allem durch die Speicherung und Sicherung von Lokalisierungsdaten. Nutzer hätten in der Regel keinen Einblick, „ob Lokalisierungsdaten von einem Dienst gespeichert werden und wenn sie gespeichert werden, wo und wie lange sie gespeichert werden.“

Auch sei meist nicht ersichtlich, ob diese Daten an Dritte weitergegeben werden und sie sicher verwahrt werden. In der Vergangenheit hätten immer wieder Fälle gezeigt, „dass die Datensicherheit im WWW als Schwachpunkt zu bezeichnen ist“.

Energie-Atlas Bayern

Marion Lautenbacher und Dr. Anita Wolf vom bayerischen Umweltministerium stellten den Energie-Atlas Bayern vor. Nach ihren Worten handelt es sich dabei um ein neu entwickeltes Internet-Portal der Bayerischen Staatsregierung, das vielfältigste Informationen rund um das Thema Energie zusammenführt, einheitlich aufbereitet und für alle einschlägigen Zielgruppen komfortabel und schnell zugänglich macht. Der Energie-Atlas Bayern stelle eine Fülle interaktiver Karten bereit, beispielsweise zu Potentialen sowie bestehenden Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Diese kartographischen Daten werden umfassend durch textliche Informationen wie zum Beispiel Schritt-für-Schritt-Anleitungen, Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten oder Praxisbeispiele ergänzt und vervollständigt.

Alleinstellungsmerkmal

Bereits in seiner ersten Ausbaustufe sei der Energie-Atlas Bayern in dieser Form einzigartig in ganz Deutschland. Mit seiner fortlaufenden Pflege und der zweiten Ausbaustufe, deren Fertigstellung für Ende 2011 vorgesehen ist, werde sich seine Position als Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Energiepolitik und der e-Government-Aktivitäten weiter festigen, so die beiden Referentinnen. „Bayern beweist damit erneut seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz und zeigt gleichzeitig die Wege auf, wie Energie auch in Zukunft sicher und bezahlbar bleiben kann.“

Laut Günther Gleixner, Grintec GmbH (Graz) gehört GIS mittlerweile zu den zentralen IT-Systemen bei Netzbetreibern und ist wie auch Billing-, Kundeninformations-, Asset-Management und Netzleitsysteme nicht mehr wegzudenken. „Ohne GIS geht nichts mehr“ sei ein geflügeltes Wort geworden, weshalb GIS heute genauso ausfallsicher betrieben werden müssen wie die anderen genannten Systeme.

Die Schwerpunkte von GIS-Anwendungen liegen Gleixner

zufolge heute in der Dokumentation und Auskunft des Netzes sowie in der Planung des Netzausbaus und Unterstützung der (strategischen) Netzenerneuerung. Mit der Einführung von Smart Grid werde sich der Anwendungsbereich freilich vergrößern: Zum einen werden neue Komponenten hinzukommen, die auch im GIS ihre Repräsentation finden werden. Smart Meter, neue Arten von Energie-Einspeisern, Stromspeichersysteme etc. fänden bereits Einzug in das Datenmodell eines Utility-GIS. Fragen nach der Belastbarkeit des Netzes durch Hinzufügen alternativer Stromerzeuger würden bereits mit Hilfe von Analysen im GIS beantwortet. Genehmigungen zum Bau dieser Anlagen würden eben aufgrund dieser Auswertungen genehmigt.

Gemeinsame Visualisierung

„Neben dem Energienetz werden für Netzbetreiber die Verwaltung und das Management des Kommunikationsnetzes immer bedeutender“, fuhr Gleixner fort. Alle Messungen werden zukünftig über das Kommunikations- bzw. Steuerungsnetz übertragen werden. Das GIS erlaube natürlich die gemeinsame Visualisierung der beiden Netze, ebenso wie deren Darstellung von Beziehungen und Interaktionen. Das gemeinsame Management der beiden Netze gehe aber über die bloße Visualisierung hinaus. Fragen wie „zeige mir alle Messgeräte, die in der letzten Stunde nicht in der Lage waren, Messergebnisse zu liefern“, werden im Smart Grid zu Standardabfragen werden, erklärte der Referent. „GIS kann in Echtzeit zeigen, wo das System Probleme hat.“ DK



AKDB auf der Kommunale 2011:

Starker Messeauftritt

Die Bilanz der Kommunale 2011, einer der wichtigsten Fachmessen für die öffentliche Verwaltung, fällt aus Sicht der AKDB sehr positiv aus. Am Messestand der AKDB herrschte über die beiden Tage starker Besucherandrang. Die Mitarbeiter aus den Kommunalverwaltungen nutzten die Gelegenheit, persönliche Kontakte zu knüpfen und wertvolle Fachgespräche zu führen. Auf zahlreichen Präsentationsplätzen am Messestand sowie auf dem IT-Vortragsforum informierte die AKDB über ihre umfassenden Software-Lösungen für Kommunen sowie über neue Trends beim mobilen Government.

Erfolgreiche Erfahrungen mit AKDB-Verfahren

Referenzkunden aus allen Teilen Bayerns vermittelten den Besuchern ihre erfolgreichen Erfahrungen mit den AKDB-Verfahren. Auch der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer sowie der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, informierten sich im Rahmen des Messerundgangs persönlich über die innovativen AKDB-Lösungen Bürgerservice-Portal und mobiles Government. Unser Bild zeigt die Prominenz am AKDB-Messestand. Von links: Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Ulrich Maly, Nürnbergs Oberbürgermeister, Staatssekretär Franz Josef Pschierer und Rudolf Schleyer, Vorstandsmitglied der AKDB (vorne). □

smartKITA – Kinderleichte IT-Anmeldung

Profi AG hilft Eltern und Landkreisen bei der Kindergartenplatz-Vergabe

Mit der Software smartKITA finden Eltern und Träger freie Kindergartenplätze ganz leicht über die IT-Portale von Stadt und Kommune. Dabei besticht die neue IT-Lösung von der Profi Engineering Systems AG durch benutzerfreundliche Anwendung und Datenaktualität.

Auf Beschluss der Bundesregierung muss bis 2013 eine Betreuungsgarantie für (Klein-) Kinder umgesetzt werden. Da in Städten die Anzahl an Kindergärten und entsprechenden Plätzen begrenzt sind, ist eine Bedarfsplanung sehr aufwändig. Oft sind notwendige Informationen zu einzelnen Einrichtungen nicht zentral und gebündelt abrufbar. Behörden haben Probleme, reale Statusangaben über freie Plätze zu machen. Grund: In vielen Fällen melden Eltern ihre Kinder gleich bei mehreren Kindergärten an. Wird ihnen ein Platz zugeteilt, informieren sie weder die anderen Kindergärten noch die zuständigen Ämter. Somit stehen theoretisch freie Plätze weiter als belegt in den Listen.

Unnötig lange Wartezeiten

Überholte Anmeldungen führen zu unnötig langen Wartezeiten bei anderen Familien und zu Chaos in der Bedarfsplanung. Damit zuständige Behörden den Überblick über tatsächliche Ressourcen einzelner Kindergärten behalten und effizient organisieren, hat die Profi AG eine neue Software entwickelt.

Die smartKITA-Lösung sorgt jederzeit für aktuelle Datenbereitstellung, optimiert Suchvorgänge und hilft, die Kindergartenplatz-Vergabe zu organisieren. Eltern informieren sich im Internet über Kindergärten und Platzangebote und melden ihre Kinder online an, wobei eine Priorisierung gekennzeichnet werden darf. Die Vergabe obliegt den Trägern. Diese profitieren dank der Datenbank von Auswertungen und Berichten, die Übersichten über aktuelle Stände bereitstellen. Sobald Träger einen Kita-Platz vergeben und Eltern diesen annehmen, löscht smartKITA automatisch Mehrfachanmeldungen. Diese Plätze stehen fortan wieder zur Verfügung und Wartezeiten verkürzen sich.

Geordneter Ablauf

„Die Lösung smartKITA sorgt für einen geordneten Ablauf der Kita-Platzvergabe. Sie koordiniert ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen Eltern, Betreibern und verantwortlichen Behörden“, fasst Matthias Kohlhardt, Geschäftsbereichsleiter Öffentlicher Dienst bei der Profi AG zusammen. □


Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



**Auskunftsstelle
Personal**



Markus Hofmann
Leiter des Geschäftsfelds
Personalwirtschaft der AKDB

40 Jahre
Innovation
Effizienz

Mehr Transparenz. Mehr Effizienz.

Vertrauen Sie der Kompetenz der AKDB, wenn es um Ihre moderne Verwaltung geht. OK.PWS erhöht die Transparenz und verbessert die Abläufe in der Personalwirtschaft.

Denn mit OK.PWS organisieren Sie Ihre gesamte Personalwirtschaft in einem System. Die modular aufgebaute Lösung bietet Ihnen Softwareunterstützung bei Personalabrechnung, Personaladministration, Stellenbewirtschaftung, Organisation, Fehlzeitenverwaltung, Personalkosten-Controlling, Personalentwicklung und der Verwaltung von Bewerbern.

Damit schaffen Sie die Basis für ein vorgangsbezogenes Personalwesen. Auch in Ihrer Verwaltung. Sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89-5903-0



www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

40 Jahre Städtebauförderung in Bayern:

Erfolgsgeschichte mit Zukunft

Festveranstaltung und Fachtagung in Regensburg

Der Freistaat Bayern ist eine Keimzelle der Städtebauförderung und der städtebaulichen Erneuerung. Erste Maßnahmen der Stadtsanierung wurden bereits Mitte der 50er Jahre in Regensburg und Bamberg begonnen. Inzwischen haben mehr als die Hälfte aller Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern von den Finanzhilfen der Städtebauförderung profitiert. Mit einer Festveranstaltung und Fachtagung in Regensburg, an der rund 400 Bürgermeister, Kommunalvertreter, Planer und lokale Akteure aus den Fördergebieten teilnahmen, wurde auf 40 Jahre erfolgreiche Projekte zurückgeblickt, aber vor allem auch ein Ausblick auf Handlungsschwerpunkte und Aufgaben gegeben, mit denen sich die Kommunen mit Unterstützung der Städtebauförderung in Zukunft auseinandersetzen müssen.

Wie der Leiter der Obersten Baubehörde Josef Poxleitner in Vertretung von Innenminister Joachim Herrmann hervorhob, ist die Städtebauförderung eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen unterstützte sie seit 1971 die bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden bei ihren Projekten der Stadterneuerung. Durch ihre Anstoßwirkung für Investitionen, die häufig ein Mehrfaches der Finanzhilfen betragen, sei sie in dieser Zeit zu einem wichtigen, strukturell äußerst erfolgreichen Förderinstrument geworden.

Poxleitner: „Auch in Zukunft werden wir die bayerischen Kommunen bei der städtebaulichen Erneuerung nach Kräften unterstützen. Aktuelle Aufgaben sind zum Beispiel der Umgang mit dem demografischen Wandel, neue Energiekonzepte oder die Konversion von Brachflächen.“

Acht Programme

Freistaat, Bund und Europäische Union haben seit 1971 rund vier Milliarden Euro für Städtebauförderungsprojekte der bayerischen Kommunen bereitgestellt. Mehr als 1.000 Städte, Märkte und Gemeinden haben davon profitiert. Aktuell stehen den Kommunen acht Städtebauförderungsprogramme mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten zur Förderung ihrer Maßnahmen zur Verfügung. In diesem Jahr werden 556 Programmkommunen mit Fördermitteln in Höhe von insgesamt rund 124 Millionen Euro unterstützt.

Oberbürgermeister Hans Schaidinger machte deutlich, dass man in Regensburg Mitte der 50er Jahre als eine der ersten Städte in Deutschland gezielt damit begonnen habe, die Altstadt zu erneuern. Ein Rahmenplan für ein erstes „Erneuerungsgebiet“ sei erarbeitet, ein Gutachten der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung in Auftrag gegeben worden. Währenddessen stellte die Stadt

die ersten Förderanträge und 1957 bewilligte das Bundesbauministerium die ersten 600.000 DM für die Altstadtsanierung, weitere 192.000 DM für Ersatzwohnungen, damals als Darlehen mit Zins und Tilgung und der Auflage, dass Stadt und Land Mittel in jeweils der gleichen Höhe bereitstellen. Für Regensburg war dies die Geburtsstunde der Städtebauförderung, „ein Erfolgsmodell“, wie Schaidinger betonte.

Investitionen in der Oberpfalz

Seit 1971 haben die Oberpfälzer Städte und Gemeinden rund 400 Mio. Euro Städtebauförderungs-mittel erhalten. Das Geld wurde investiert für die Erneuerung von Innenstädten und Ortszentren, die Konversion von Brachflächen, die Soziale Stadt und die ökologische Erneuerung. Wegen des hohen Anstoßeffektes der Städtebauförderung konnte ein enormes Investitionsvolumen in der Oberpfalz umgesetzt werden. In Regensburg wiederum wurden in den vergangenen 40 Jahren über 80 Millionen Euro Städtebauförderungs-mittel eingesetzt – „eine stattliche Summe, die im gesamtstädtischen Zusammenhang große Wirkung gezeigt hat“, so der OB.

Schlüsselrolle

Nach Schaidingers Worten ist die Kommune „der Schlüssel für eine gelungene Stadtentwicklungspolitik“. Der Erfolg der geförderten Maßnahme sei nur dann gesichert, wenn sie im Kontext einer abgestimmten kommunalen Gesamtentwicklungsstrategie steht. Dafür arbeiten die Städte, Märkte und Gemeinden unter Wahrnehmung ihrer Planungshoheit. „In Regensburg haben wir bereits im Jahr 1977 unseren ersten Stadtentwicklungsplan beschlossen, den wir dann im Jahr 2005 nach einem sehr intensiven Bürgerbeteiligungsverfahren aktualisiert und fortgeschrieben haben“, bemerkte der Rathausschef.

Bund und Land als Zuwen-

dungsgeber dürfen sich der Gemeinschaftsaufgabe nicht entziehen. Die Städte seien mehr denn je auf ihre Unterstützung angewiesen. Die Städtebauförderung könne ihre Aufgaben aber nur bewältigen, wenn sie auch mit genügend Mitteln ausgestattet wird. In diesem Zusammenhang forderte Schaidinger den Bund auf, die Städtebauförderung wieder anzuhängen. Ergänzend müsse der Freistaat Bayern das Defizit in den Kassen der Städtebauförderung mit eigenen Mitteln kompensieren.



Die Elementbank Figura eröffnet viele individuelle Lösungen. □

Begehrter Produkt Design Award ...

... für Nusser Systembank Figura

Eine gute Figur in jeder Hinsicht macht Figura, die kommunale Systembank von Nusser, schon in so manchem Stadtbild. Die Anerkennung dafür folgte dazu aus berufenem Expertenkreis. Die Bankserie der Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG erhielt den begehrten Produkt Design Award des „IF International Forum Design“. Die Auszeichnung sehen die Nusser-Geschäftsführer Jörg W. Nusser und Ulrich Träger auch als Bestätigung: „Es ist ein erfreulicher Beweis für die Innovationsstärke und Ideenvielfalt der Nusser Gruppe.“

Die Elementbank Figura bietet Landschaftsarchitekten und Städteplanern nahezu grenzenlose Vielfalt in der Anordnung und eröffnet viele individuelle Lösungen. Der gestalterische Spielraum basiert auf einem nierenförmigen Grundelement, wahlweise mit Lehnbügel aus Edelstahl ausgestattet, sowie frei kombinierbaren Anbauelementen. Die unterschiedlichen Aufstellwinkel ermöglichen weitere fantasievolle Kreationen. So kann damit im Park ein Sitzkleblatt erwachsen oder sich eine Sitzgruppe durch den Spielplatz schlängeln.

Markenzeichen: Kreativität und Nachhaltigkeit

Die feuerverzinkten Rundrohr-

Die Sparpläne der Bundesregierung führten zu einer weiteren Schwächung des ländlichen Raumes, indem einige zentrale Orte ihrer Versorgungs- und Vorfunktion nicht mehr gerecht werden können und außerdem an Standortattraktivität einbüßen. Das Bekenntnis des Freistaates zum Leitziel der gleichwertigen und gesunden Lebens- und Arbeitsverhältnisse würde zur blutlosen Absichtserklärung verkommen. Schaidinger: „Ohne Städtebauförderung kann das, was im Landesplanungsgesetz stehen soll, nicht mit Leben erfüllt werden.“ Städtebauförderung sei ein wichtiges Steuerinstrument für kommunale Politik. „Wir brauchen sie auch in Zukunft, vielleicht mehr denn je.“ DK

Leader-Projekt „Mitten im Ort - mitten im Leben“:

„25 Kommunen ziehen an einem Strang“

Flächenmanagement und Ortskernentwicklung im Landkreis Bad Kissingen

Im Landkreis Bad Kissingen wurde von 2009 bis 2011 ein Modellprojekt zur Ortskernentwicklung durchgeführt. Beteiligt waren 25 Städte, Märkte und Gemeinden, das Landratsamt Bad Kissingen sowie die Baader Konzept GmbH aus Gunzenhausen. Ziel des Projekts war es zum einen, bei den örtlichen Entscheidern das gemeinsame Problem- und Handlungsbewusstsein zu stärken und die Notwendigkeit zum Flächenmanagement bewusst zu machen. Zum anderen war die Aufgabe, durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit die Vorteile des Wohnens im Bestand aufzuzeigen und die Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren.

Bayerische Flächenmanagementdatenbank

Bei der Bearbeitung des Projekts wurde erstmals die vom bayerischen Umweltministerium für alle Kommunen in Bayern kostenlos zur Verfügung gestellte Flächenmanagementdatenbank (Entwicklung: Baader Konzept GmbH) landkreisweit genutzt. Mit Hilfe der Datenbank haben die Kommunen ihre Baulücken, Althofstellen und Brachflächen jeweils eigenständig ermittelt. Die landkreisweite Auswertung zeigte ein erhebliches Potenzial an innerörtlichen Nutzungsmöglichkeiten mit Schwerpunkt bei umnutzungsgeeigneten Gebäuden bzw. Hofstellen im Ortskern und bei bereits erschlossenen Baulücken.

Eigentümerinteressen

Im Anschluss an die Erhebung erfolgt in den Kommunen eine Befragung der Eigentümer von Baulücken und Leerstandimmobilien. Auf diese Weise soll herausgefunden werden, was die Eigentümer mit ihrem Grundstück bzw. ihrer Immobilie zukünftig geplant haben, ob sie sich einen Verkauf vorstellen und ob sie Beratungsbedarf zu Nutzungs- oder Umbaumöglichkeiten oder Fördermaßnahmen haben. Auf Grundlage der bisher erfreulich hohen Rücklaufquote werden dann passgenaue Beratungs- und Serviceangebote (zum Beispiel Aufbau Baulücken- und Gebäudebörse) entwickelt.

Handreichung Innenentwicklung

Aktive Innenentwicklung ist in den Dörfern und Städten eine Gemeinschaftsaufgabe mit vielen Beteiligten und Interessengruppen. Für die unterschiedlichen Zielgruppen wie Bauwillige, Eigentümer, Bürgerschaft, Wirtschaft, Verwaltung und kommunale Entscheidungsgremien wurden deshalb attraktive Informationsmedien erarbeitet. Für die Kommunen wurde eine Hand-

reichung zum Thema Innenentwicklung und Aktivierung erstellt, zudem wurden die Vor-



Familie, die auf dem Gewölbekeller eines alten Schulhauses neu gebaut hat. □

teile aktiver Ortskernentwicklung und die Aktivierungsinstrumente anhand von Beispielen aus dem Landkreis sowie Fördermöglichkeiten benannt.

Gute Beispiele für Bauen im Bestand aus dem Landkreis

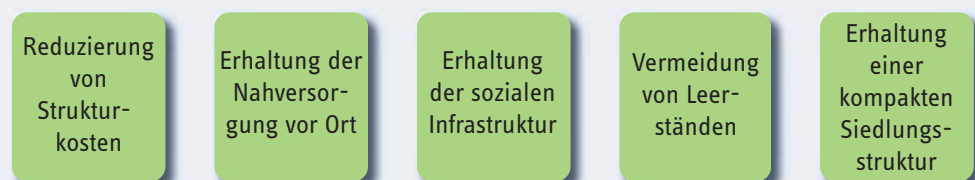
Eine weitere kompakte Infobroschüre dient dazu, das Thema Innenentwicklung Bürgern und Bauwilligen näher zu bringen und zeigt gelungene Beispiele für Bauen, Wohnen und Arbeiten im Ort. Die Präsentation der guten Beispiele aus dem Landkreis wird mit den persönlichen Stellungnahmen der Familien und Geschäftsinhaber, die im Altort gebaut bzw. umgebaut haben, abgerundet. „Ein völlig neues Lebensgefühl“, so das Motto der Familie, die auf dem Gewölbekeller einer alten Schule modern gebaut hat. Eine Wanderausstellung stellt die Aspekte und Umbaubeispiele nochmals in „Lebensgröße“ vor und wird an wechselnden Orten im Landkreis präsentiert. □

Wesentliche Projektinfos

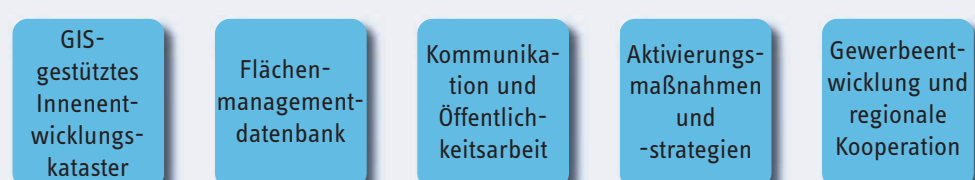
- Träger: Landkreis Bad Kissingen
- Förderung: Leader-Projekt, ELER-Fonds EU, Bayerisches Landesamt für Umwelt
- Bearbeitung: Baader Konzept GmbH, Gunzenhausen mit 3f-Design, Darmstadt
- Modellkommunen: 25 Städte und Gemeinden im Landkreis Bad Kissingen*
- Maßnahmen: Erhebung von Innenentwicklungspotenzialen, systematische Eigentümerbefragungen, umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit durch Handreichung für Kommunen, Imagebroschüre sowie Wanderausstellung zum Bauen im Bestand für Kommunen, Bauwillige und Bürger sowie landkreisweite Veranstaltungen.

*Kommunen: Aura a.d. Saale, Bad Bocklet, Bad Brückenau, Bad Kissingen, Burkardroth, Elfershausen, Euerdorf, Fuchsstadt, Geroda, Hammelburg, Maßbach, Motten, Münnerstadt, Nüdlingen, Oberlechtersbach, Oberthulba, Oerlenbach, Ramsthal, Rannungen, Schondra, Sulzthal, Thundorf i. Ufr., Wartmannsroth, Wildflecken, Zeitlofs. □

Vorteile für Kommunen durch ein Flächenmanagement



Die Baader Konzept GmbH bietet dazu u.a. folgende Leistungen



Baader Konzept GmbH, Gunzenhausen
www.baaderkonzept.de
Dipl.-Ing. (FH) Aline Baader
a.baader@baaderkonzept.de
09831-61 93-27

BAADER KONZEPT
UMWELT - LANDSCHAFT - PROJEKTE

Hilfestellung für Gemeinden

2. Kommunalgipfel in Landshut findet positive Resonanz

Eggenfelden/Landshut: Ob beim Flächenmanagement, der Schulplanung, der Sanierung öffentlicher Bauten oder beim Ausbau erneuerbarer Energien – die bayerischen Kommunen stehen vor massiven Herausforderungen. Anregungen für die Bewältigung dieser drängenden Aufgaben bot der Kommunalgipfel 2011 in Landshut. Die von der PCG GmbH ausgerichtete Veranstaltung stieß im zweiten Jahr ihrer Durchführung auf großen Zuspruch bei Verantwortlichen und Entscheidern im Kommunalwesen.

Das breite Themenspektrum war ein wesentliches Kriterium für den Erfolg des diesjährigen Kommunalgipfels. „Wir hatten diesmal ein sehr breites Publikum, und jeder hat etwas gefunden, das ihm bei seiner Arbeit hilft“, fasste PCG-Geschäftsführer Dipl.-Ing. (FH) Marcus Hartl das ausnahmslos positive Feedback zur Veranstaltung zusammen. Für die Fachbeiträge konnte die PCG GmbH wieder eine Reihe namhafter Experten gewinnen.

Konkrete Unterstützung

Als Schulträger bewegen sich die Kommunen derzeit in einem

besonderen Spannungsfeld: Sinkende Schülerzahlen, neue Schultypen und geänderte Ansprüche an Erziehung und Unterricht wirken sich nachhaltig aus. Trotz knapper Mittel müssen Schulen heute Ganztagesbetreuung und Mittagsverpflegung ebenso bereitstellen wie zusätzliche Förderangebote. Hinzu kommt, dass durch die Umsetzung der Inklusion in der Regelschule weitere Anforderungen zu erfüllen sind.

Baumaßnahmen für Ganztageschulen

Konkrete Hilfestellungen dazu erhielten die Teilnehmer mit dem

Vortrag von Regierungsschulrat Franz Schneider (Regierung von Niederbayern). Er legte dar, wie sich Baumaßnahmen für bestehende oder neu eingerichtete Ganztageschulen mit staatlicher Förderung umsetzen lassen. Seine Erläuterungen zu Fördergrundlagen und den Abläufen von der Projektentwicklung bis zur Antragstellung stießen auf großen Beifall. „Das war im Prinzip ein intensiver Beratungstermin“, so das Fazit eines Zuhörers.

Gebäudeschadstoffe

Bei der Sanierung und Modernisierung im Bestand stellen Gebäudeschadstoffe ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Dipl.-Ing. Alfred Kratochwil (IGUTEK GmbH) zeigte anhand zahlreicher Beispiele, wo PCB, Asbest, Teer & Co. in Gebäuden lauern. Bautechnische Mängel und veraltete Konstruktionen können die Kosten bei Sanierungen öffentlicher Bauten in schwindelerregende Höhen treiben. Zudem werden Schadstoffmengen unterschätzt, weil belastete Materialien bei früheren Untersuchungen nicht erfasst oder bei vorangehenden Sanierungen nur abgedeckt statt entfernt wurden.

Dreistufiges Vorgehen

Für Planungs- und Kostensicherheit riet der Umweltingenieur zu einem dreistufigen Vorgehen, bei dem eine exakte Untersuchung auf Gebäudeschadstoffe an erster Stelle steht. Hier können die Bauherren bei der Erfassung aktiv mitarbeiten. Anschließend müssen die arbeitsschutzrechtlichen Anforderungen in der Ausführungsplanung festgelegt werden. Den dritten Schritt bilden dann Sachverständigenleistung und baubegleitende Überwachung in der Ausführungsphase.

Mitwirkung als Erfolgsrezept

Die positive Entwicklung Bayerns hat eine Schattenseite: Steigende Einwohnerzahlen lassen den Bedarf an Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen wachsen – der tägliche Flächenverbrauch im Freistaat liegt heute bei rund 21 Hektar. Ansätze für ein intelligentes Flächenmanagement stellte Ministerialrat Anton Dippold vor. Der Referatsleiter am Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten plädierte für eine übergreifende Reduktion des Flächenverbrauchs durch Maßnahmen wie die Umnutzung von Industriebrachen, eine aktive Vermarktung über Leerstandskataster, gemeindeübergreifende Ge-

mungen aufnehmen. Als Gruppe sind sie geeignet, Bauwerklasten in tragfähige Schichten einzuleiten.

Als Alternative zu Bodenaustausch und Pfahlgründung ist das CSV-Verfahren nicht nur kostengünstig, sondern hat darüber hinaus auch verfahrensmäßig einiges an Vorteilen zu bieten: Im Unterschied zu anderen Verfahren ist sie erschütterungsfrei, es fällt keinerlei Bohrgut an und es ist keine Grundwasserabsenkung erforderlich. Im Anschluss an die Stabilisierungsmaßnahme kann sofort die Sauberkeitsschicht aufgebracht werden.

Angewendet wird das Verfahren sowohl bei der Stabilisierung von Bodenplatten als auch Einzelstützen, zur Vermeidung von Mitnahmesetzungen bei Anbauten, zur Sicherung von Böschungen und zur Setzungsicherung von Straßen-, Bahn- und Hochwasserdämmen. □

werbepools und Schulverbände. Hier existieren bereits Pilotprojekte für ein interkommunales Flächenmanagement.

Energiewende und Wutbürger

Unter dem Titel „Scheitert die Energiewende am Wutbürger?“ zeigte Prof. Dr. Manfred Miosga (KlimaKom Kommunalberatung) Strategien für den Umgang mit einem Problem auf, mit dem sich Kommunen beim Ausbau erneuerbarer Energien zunehmend auseinandersetzen müssen: Bürger sind grundsätzlich für den Bau von Solarparks oder Windkraftanlagen – aber nicht vor der eigenen Haustür.

Plädoyer für lokale Bündnisse

Um die durch unzureichende Informationen und diffuse Befürchtungen ausgelösten Proteste zu kontern, empfahl Miosga die aktive Einbindung der Bürger in Strategieentwicklung und Planungsprozesse. Als erfolgversprechenden Weg sah er hier lokale Bündnisse für regionale Wertschöpfung an, wobei entsprechende Konzepte auch förderfähig sind.

Baurecht

Die VOB/B als „Paradebeispiel für AGB“ – so fasste Dr. Andreas P. Dingler die Wurzel vieler juristischen Probleme für Auftraggeber zusammen. Die Gültigkeit von Vereinbarungen nach VOB/B lässt sich auf vielen Wegen – oft unbeabsichtigt – aushebeln. Der Münchner Spezialist für Baurecht zeigte anhand verdächtiger Klauseln und typischer Fußangeln wie Fristverkürzungen oder Haftungsbeschränkungen auf,

Polarfuxx von Ziegler-Erden:

Salzlos streuen

Nicht nur Hausbesitzer, auch Kommunen können beim Streuen jetzt den Weg, weg vom Salz unbedenklich gehen. Mit „Polarfuxx“ bringt das Unternehmen Ziegler-Erden dazu ein umweltfreundliches und absolut salzfreies Streumittel neu für die bevorstehende Wintersaison.

Engpässe, wie sie bei der Salzlieferrung fast jährlich auftreten und bei Mitarbeitern von Kommunen, aber auch bei Hausbesitzern, die Zahl der grauen Haare vermehren, gehören damit der Vergangenheit an. Denn: „Das Basismaterial – der leichte, mineralische Blähton steht grenzenlos zur Verfügung“, weiß Geschäftsführer Matthias Ziegler von Ziegler-Erden.

Griffigkeit, Langzeitwirkung und Wirtschaftlichkeit

Beim neuen Produkt sind aller guten Dinge gleich drei: Seine besonders hohe Griffigkeit, seine Langzeitwirkung und seine Wirtschaftlichkeit. Schon 16 Liter –

warum auch öffentliche Auftraggeber gut daran tun, auf der VOB/B basierende Vertragstexte sorgfältig zu prüfen.

Im Gespräch mit den Teilnehmern wurden die Sorgen und Nöte der Kommunen überall spürbar. Für Marcus Hartl besteht angesichts neuer Gesetze, klammer Kassen und aktueller Trends auch weiter erheblicher Diskussionsbedarf: „Da hat die Politik noch viel zu tun.“ Die positive Resonanz ist für den PCG-Geschäftsführer ein Ansporn, den Kommunalgipfel auch im kommenden Jahr weiterzuführen.

Weitere Infos und Vorträge unter www.kommunalgipfel.de. □

nur etwa zehn Kilogramm leicht und transportabel – reichen zum Abstreuen einer Fläche von etwa 200 Quadratmetern.



Polarfuxx-Granulat sorgt für umweltfreundliche Streuung. □

Zusätzlicher Vorteil für Kommunen: Streukörner, die durch die Schneeschmelze in die Kanalisation gelangen, schwimmen als Leichtgewichte oben auf und verstopfen keine Abflüsse. Pluspunkt für den cleveren Hausbesitzer: Selbst das, was am Ende des Winters an Streumaterial liegen bleibt, findet Verwendung. Es lässt sich bis zum letzten Krümel im Garten oder auf Grünflächen für eine verbesserte Bodenstruktur nutzen.

Schäden wie sie Streusalz an Gebäuden, der Infrastruktur und der Umwelt verursacht, lassen sich in Zukunft von vornherein durch eine umweltfreundliche Streuung vermeiden. Und auch bei unseren Haustieren sollte das neue, pflanzfreundliche Produkt Anklang finden. □



Per Spezialgerät wird die Zement-Sand-Mischung in den Boden injiziert, dem sie Feuchte entzieht und zu Betonsäulen abbindet. Das erforderliche Säulenraster ist abhängig von den Gegebenheiten des Bodens und der zu erwartenden Belastung und wird von darauf spezialisierten Ingenieuren im Vorfeld ermittelt. □

Die Alternative zu Bodenaustausch und Pfahlgründung:

Bodenstabilisierung nach dem CSV-Verfahren

Immer dann, wenn eine Flachgründung auf dem anstehenden Untergrund nicht mehr möglich und eine Pfahlgründung noch unwirtschaftlich ist, ist ein Verfahren von besonderem Interesse, das seit den 90er Jahren erfolgreich angewendet wird: das CSV-Verfahren.

Aufbauend auf Erfahrungen bei der Untergrundverbesserung im Straßenbau und mit dem Ziel, das Verformungsverhalten von bindigen, ungenügend tragfähigen Böden den Anforderungen einer konventionellen Flachgründung anzupassen, wurde es von Prof. Dr.-Ing. Reitmeier (Fachhochschule Konstanz) entwickelt.

Dabei wird mit Hilfe eines Schneckenstanges Stabilisierungsmaterial im Vollverdrängungsverfahren in den Boden eingebracht. Die stabilisierende

Wirkung ergibt sich aus mehreren Faktoren. Beim Eindringen in den Boden verdrängt die CSV-Schnecke den anstehenden Boden und verdichtet ihn. Gleichzeitig wird eine Zement-Sand-Mischung eingebracht, die sich unter dem Einfluss der Bodenfeuchtigkeit oder des Grundwassers zu Beton verfestigt. Eine einzige so entstandene Säule kann, abhängig von der Bodenbeschaffenheit und der Herstellungsweise 30 bis 60 kN bei sehr geringen Verfor-

Bodenstabilisierung nach dem CSV-Verfahren

- keine Grundwasserabsenkung
- kein anfallendes Bohrgut
- Qualitätsnachweis



Tel. 08724/88-900 ■ CSV@laumer.de ■ www.laumer.de

Sparkassen-Finanzgruppe

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen finanziert, von denen auch die Umwelt profitiert.



Sparkassen fördern nachhaltiges Wirtschaften. Mit gezielten Finanzierungsangeboten und fachlicher Beratung leisten Sparkassen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Das ist gut für den Mittelstand und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Kassel:

Impulse für neue Strategien

Gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund lud das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum 5. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik nach Kassel ein. Rund 850 Vertreter von Politik, Verwaltungen, von Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Wirtschaft und planenden Berufen nahmen an diesem „Runden Tisch der Städte und Gemeinden“ teil, um aktuelle Fragestellungen der Stadtentwicklung zu diskutieren.

Für die Stadtentwicklungspolitik gibt es aktuell keinen Mangel an Herausforderungen: Die demografische Entwicklung, der wirtschaftliche Strukturwandel, der Klimawandel und der ökologische Stadtbau, die soziale Stabilität und Integration, die Sicherung von Gestaltqualität und Baukultur und nicht zuletzt das Verhältnis von Stadt und Region sind zu bewältigen. Die Städtebauförderung ist der wichtigste Baustein der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und bildete deshalb den Schwerpunkt am ersten Kongressstag.

Filmische Collage

Eine filmische Collage ließ 40 Jahre Städtebauförderung Revue passieren, ehe der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium Dr. Andreas Scheuer die Erfolge der Städtebauförderung würdigte. In zwei Foren berichteten Praktiker aus Politik und Verwaltung über ihre Erfahrungen und gaben Impulse für neue Strategien in der Stadterneuerung. In der anschließenden Podiumsdiskussion erörterten die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen sowie Vertreter

von Ländern und kommunalen Spitzenverbänden politische Schlussfolgerungen zur Zukunft der Städtebauförderung. Die Stadt Kassel lud zum Ende des ersten Kongressstages zu acht städtebaulichen Exkursen ein. Am Abend wurde im Rathaus der Stadt beispielhaftes Engagement mit dem Bürgerstiftungspreis 2011 der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ausgezeichnet.

Erfolgsmodell

Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer eröffnete den zweiten Tag des Bundeskongresses. Nach seinen Worten „war ist und bleibt die Städtebauförderung ein Erfolgsmodell“. Die Bundesregierung bekenne sich ausdrücklich dazu und werde auch in Zukunft die Städte und Gemeinden bei notwendigen Investitionen in ihre Stadtentwicklung unterstützen. „Der Entwurf unseres Bundeshaushaltes für 2012 sieht 410 Millionen Euro für die Städtebauförderung vor. Damit werden alle Programme fortgesetzt. Das Programm „Energetische Stadtsanierung“ kommt mit 92 Millionen Euro ergänzend hinzu“, so Ramsauer.

Ostbayern trotz der Weltwirtschaft

Konjunkturmotor läuft auf Hochtouren

Regensburg/Passau (obx) – Ostbayerns Wirtschaft brummt – rund die Hälfte der Unternehmen in der Region beurteilt ihre derzeitige Geschäftslage als „gut“. Das ist ein Ergebnis der aktuellen Konjunktur-Umfragen der Industrie- und Handelskammern für Oberpfalz/Kelheim und Niederbayern. Auch im Handwerk war das Geschäftsklima im dritten Quartal so gut wie seit 20 Jahren nicht mehr.

„Die regionale Wirtschaft ist in einer sehr guten Verfassung“, sagt Dr. Josef Dachs, Präsident der IHK Passau. Allerdings: „Nach der rasanten wirtschaftlichen Erholung werden die Spielräume nach oben enger“, betont Josef Beimler, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg. In den kommenden Monaten rechnet die IHK mit einer leichten Dämpfung des Aufschwungs in Ostbayern. Im Handwerk blicken lediglich zwölf Prozent der Betriebe eher skeptisch in die Zukunft.

Geplante Investitionen

Ostbayerns Wirtschaft ist gut aufgestellt, und das trotz Eintrübung der Weltkonjunktur. „Momentan sieht es noch gut aus“, bestätigt Vertriebsleiter Christian Brandmüller von der Spangler GmbH, einem Automatisierungstechnik-Anbieter in Töging im Oberpfälzischen Landkreis Neumarkt. Das Unternehmen plant Investitionen, „allerdings können wir in unserer Branche nur zwei bis drei Monate vorausschauen“, und was das nächste Jahr bringt, das sei ungewiss.

Leicht über Niveau

Mit einem Konjunkturklima-Indikator von 125,6 Punkten liegt der IHK-Bezirk Oberpfalz/Kelheim leicht über dem bayerischen Niveau und auf dem Vorjahreswert vom Herbst 2010. Außergewöhnlich viele Unternehmen bewerten ihre jetzige Geschäftslage als gut, lediglich kleine Firmen

unter 20 Mitarbeitern sind nicht mehr ganz zufrieden.

Starke Binnennachfrage

Im IHK-Bezirk Niederbayern liegt der Konjunkturklima-Indikator mit 126,9 Zählern weiterhin deutlich über seinem langjährigen Mittelwert. Trotz einer gedämpften Weltkonjunktur und hoher Rohstoffpreise punkten Ostbayerns Betriebe mit Zuwächsen im Exportgeschäft und profitieren dank der niedrigen Arbeitslosigkeit - von einer starken Binnennachfrage. Für die kommenden Monate rechnet die IHK allerdings mit einer abgeschwächten Konjunkturentwicklung. Als größte Risiken geben die Firmen durch die Branchen hindurch eine nachlassende Inlandsnachfrage sowie den wachsenden Fachkräftemangel an.

Gute Betriebsauslastung

Unter Ostbayerns Handwerkern verzeichnen vor allem die Betriebe im Bauhauptgewerbe, Ausbaugewerbe und in den Handwerken für den gewerblichen Bedarf eine positive Konjunkturentwicklung. Weit über 80 Prozent der knapp 36.000 Handwerksbetriebe in Ostbayern berichten von gestiegenen oder gleichbleibenden Auftragsengängen. Über 60 Prozent der Handwerksunternehmen melden eine sehr gute Betriebsauslastung. Fast jeder dritte Betrieb hat im letzten Quartal Investitionen getätigt und nahezu jedes fünfte Unternehmen zusätzliche Mitarbeiter eingestellt. □

Fast 10.000 Maßnahmen in rund 6.600 Kommunen

Ramsauer zufolge hat der Bund den Städten und Gemeinden seit Beginn der Förderung rund 14 Milliarden Euro für die Bewältigung des wirtschaftlichen, demographischen, sozialen und ökologischen Wandels zur Verfügung gestellt. Fast 10.000 Maßnahmen in rund 6.600 Kommunen konnten durch die Städtebauförderung unterstützt werden.

Bundesminister a. D. Prof. Dr. Klaus Töpfer, Gründungsdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), und Prof. Dr. Raphael Bostic, Assi-

stant Secretary für Policy Development and Research im U.S. Department of Housing and Urban Development, gingen in ihren weiteren Vorträgen auf gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen der Energiedebatte und die daraus resultierenden Aufgaben für die Stadtentwicklung ein.

Forum der Diskussion

Fünf Arenen boten ein offenes Forum für die Diskussion aktueller Themen der Städte und Kommunen. Schwerpunkte waren die Stadtentwicklung, die Beteiligung in der Planung und die Zukunft des ländlichen Raumes. Wie weitere Partner für die Entwicklung von Städten und Gemeinden gewonnen werden können, diskutierten schließlich Experten mit Staatssekretär Rainer Bomba. **DK**

Ökologisches Multitalent

Hochwertige Glasschaumprodukte als universeller Dämmstoff

Glasschaum ist ein äußerst vielseitig einsetzbares Baumaterial aus nachhaltiger Produktion. Umweltfreundlich und Ressourcen schonend hergestellt, erfüllen Glasschaumprodukte als Dämmstoff die gestiegenen Anforderungen sowohl an den Umweltschutz als auch an die Energetik von Gebäuden und Anlagen. Das 2004 gegründete Unternehmen Glapor hat sich auf die Herstellung von Glasschaumprodukten spezialisiert. Der innovative Anbieter gilt inzwischen als Technologiemarktführer auf diesem Gebiet.

Am Anfang war das Glas... mit seinen vielseitigen Anwendungsgebieten und Formen sowie seiner Umweltverträglichkeit. Als Spezialist für Glasanlagen-Technologie sammelte Walter Frank, Geschäftsführer von Glapor, über viele Jahre hinweg Erfahrungen im Umgang mit diesem Material. Auf der Suche nach neuen Geschäftschancen beschäftigte er sich mit einer noch wenig bekannten Verwendung von Glas: Glasschaum als Dämmstoff.

Um die Idee eines kontinuierlichen Produktionsverfahrens zu verwirklichen, entwickelte er mit einem Team aus erfahrenen Maschinenbauern, Glasschaumspezialisten und Experten der Baubranche eine optimierte Fertigungsanlage. Die vollautomatisch betriebenen Produktionslinien garantieren auch heute, bei niedrigem Energieverbrauch, eine gleichbleibende Produktqualität. Auf dieser Basis wird kontinuierlich an den Produktionsverfahren sowie der Entwicklung von neuen innovativen Produkten gearbeitet.

Schonung natürlicher Ressourcen

Der Ausgangsstoff Glas und der Produktionsprozess bestimmen die herausragenden Eigenschaften von Glapor Glasschaum. Im Baubereich als Leicht- und Dämmbaustoff universell einsetzbar, überzeugen Glasschaumprodukte durch hohe Druckfestigkeit, gute Wärmedämmung und Nichtbrennbarkeit. Im Zuge erhöhter Anforderungen auf dem Dämmstoffmarkt und unter dem immer wichtiger werdenden Aspekt der Schonung natürlicher Ressourcen, erfährt dieses Produkt gerade in den letzten Jahren eine stark wachsende Akzeptanz. Denn Glasschaum ist, neben vielen anderen interessanten Produkteigenschaften, dauerhaft, recyclefähig, inert und geruchlos.

Glapor Glasschaumprodukte werden zu hundert Prozent aus Altglas gewonnen. Flaschen, Fensterscheiben und andere, sonst kaum wieder verwertbare Glasteile bilden fein gemahlen den Rohstoff. Mit mineralischen und damit ökologisch unbedenklichen Aktivatorn vermischt und in einem Durchlauf aufgeschäumt, entsteht eine luftige Masse, die als Strang den Ofen verlässt. Der sich anschließende Abkühlungsprozess erfolgt differenziert und ermög-

licht die Herstellung von unterschiedlichen Produktlinien.

Glasschaumschotter: Verarbeitungsfreundliches Leichtgewicht

Für die Herstellung von Glapor Glasschaumschotter wird der Strang unmittelbar nach Verlassen des Durchlaufofens schockgekühlt. Der große Temperaturunterschied verursacht starke thermische Spannungen und der Glasschaum zerbricht. Die gewünschte Korngröße wird durch gezielte Temperatursteuerung erreicht. Je nach Bedarf wird der Glasschaumschotter als Schüttgut lose per LKW oder in Big Bags zum Einsatzort transportiert. Diese hohe Baustellentauglichkeit ermöglicht den problemlosen Einsatz sowohl im Hoch- als auch im Ingenieurbau. Dazu zählen bodenentlastende Leichtschüttungen, drainierende Hinterfüllung von Stützbauwerken oder frostfreie Gründung von Verkehrswegen. Glasschaumschotter dient der Geländemodellierung im Landschaftsbau, bei Freisportanlagen oder Einhausungen.

Schaumbett für die Bodenplatte

Besonderere Bedeutung kommt Glasschaumschotter als Dämmung unter der Bodenplatte von Wohnhäusern zu. Im Zeichen der Energieeffizienz beziehen Bauherren und Planer zunehmend die Dämmung der Unterseite des Hauses in ihr Energie-Konzept ein. Eine Dämmschicht aus Glasschaumschotter vermeidet Wärmeverlust in den Boden und verhindert, dass unangenehme Kälte eindringt. Das Verfahren ist einfach: In der mit Geotextilvlies ausgelegten Baugrube wird der Glasschaumschotter gleichmäßig verteilt und mit einer leichten Rüttelplatte verdichtet bis die gewünschte Endstärke erreicht ist. Zum Schluss wird das seitlich überstehende Vlies über die Schüttung eingeschlagen und die ganze Fläche noch einmal abgedeckt. Die Bodenplatte wird direkt auf diesem Schaumbett gefertigt.

Nachhaltige Sanierung im Denkmalschutz

Ein breites Einsatzfeld für Glasschaumprodukte bietet sich bei der Sanierung historischer Gebäude:

„365 Orte im Land der Ideen“:

Publikumssieger 2011: Richard Jahre GmbH

Der Publikumssieger 2011 steht fest: „Richard Jahre – Sensorwarnsystem für Hallendächer“ hat bei der Wahl zum beliebtesten „Ausgewählten Ort 2011“ im renommierten Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ die meisten Stimmen erhalten. Die Richard Jahre GmbH hat ein System entwickelt, das mittels Alarmsignalen und E-Mail-Benachrichtigungen vor dem Einsturz von Dachkonstruktionen warnt. Damit werden beispielsweise Menschen geschützt, die sich in schneebedeckten Sporthallen aufhalten.

Die Öffentlichkeit hatte in diesem Jahr erstmals die Gelegenheit, ihren Favoriten aus den Preisträgern des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ zu wählen. An der Online-Abstimmung konnte sich ganz Deutschland beteiligen. Die Wahl fand in zwei Phasen statt. Bereits im August 2011 haben die Teilnehmer unter www.land-der-ideen.de aus den 365 „Ausgewählten Orten 2011“ zunächst zehn Finalisten ermittelt. Aus diesen wurde unter www.welt.de der Publikumssieger 2011 gewählt. Die Ehrung des Gewinners erfolgt Ende des Jahres im Rahmen einer festlichen Veranstaltung in Berlin.

„Wir gratulieren der Richard Jahre GmbH ganz herzlich und bedanken uns beim Publikum für die rege Beteiligung an der Abstimmung“, so Ariane Derks, Geschäftsführerin der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“.

Motivierender Sieg

Corinna Egerer, Leiterin der Kooperation „Deutschland – Land der Ideen“ bei der Deutschen Bank: „„Richard Jahre – Sensorwarnsystem für Hallendächer“ macht nicht nur das Innovationspotenzial und die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland erlebbar. Sein Sieg motiviert hoffentlich auch viele andere, sich mit Engagement und Leidenschaft für die Umsetzung ihrer Projekte einzusetzen.“

Der Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ wird seit 2006 gemeinsam von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ und der Deutschen Bank realisiert. Die Initiative unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und die Deutsche Bank

Sowohl Glasschaumplatten als auch –schotter finden als Schüttung über Gewölben oder zur Innendämmung der Wand bei denkmalgeschützten Gebäuden Verwendung. Wie diese Beispiele zeigen, ist der Einsatzbereich von Glasschaum in der Dämmung ebenso vielfältig wie auch nachhaltig: Aus 100 % recyceltem Glas wird ein wertvoller Rohstoff und aus diesem ein hochwertiges und umweltfreundliches High-Tech-Produkt, das in jeder Hinsicht den technischen Anforderungen am Bau entspricht. Von der Herstellung bis zum Einbau stehen die Glasschaumplatten bzw. der Glasschaumschotter für eine konsequente ökologische und ökonomische Ausrichtung. „Schonung der Ressourcen und Klimaschutz stehen bei uns an erster Stelle“, betont Walter Frank. „Unsere Produkte sparen in zweierlei Hinsicht CO₂-beim Herstellungsprozess ebenso wie bei dem wärmedämmenden Einsatz an Bauwerken.“

Zur Umwelt gehört für die Verantwortlichen bei Glapor auch der Mensch. Dazu Walter Frank: „Wir lassen unsere Produkte vierteljährlich von externen Experten hinsichtlich der Qualität und Nachhaltigkeit prüfen.“ Die unabhängigen Institute bestätigen: Geruchlos, frei von schädlichen Ausgasungen und resistent gegen Pilze bzw. Schimmel, ist eine Glasschaum-Dämmung nicht nur für die Umwelt, sondern auch für den Menschen ein Gewinn.

Informationen und technische Daten unter www.glapor.de □

prämieren jährlich 365 herausragende Projekte und Ideen, die einen nachhaltigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten. Neben dem Publikumssieger wird in diesem Jahr erstmals auch je ein Bundessieger in den sechs Wettbewerbskategorien Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt, Kultur, Bildung und Gesellschaft gekürt. Die Bundessieger werden Ende des Jahres im Rahmen der festlichen Veranstaltung in Berlin bekannt gegeben und gemeinsam mit dem Publikumssieger geehrt.

Informationen zu allen „Ausgewählten Orten“ können unter www.land-der-ideen.de oder www.deutsche-bank.de/ideen abgerufen werden. □

BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

10 Jahre eGovernment-Strategie Erlangen:

Chefsache Bürgerservice

Die Stadt Erlangen fühlt sich als moderne Großstadt den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, ihre Dienstleistungen mit einem umfassenden Internet-Angebot online zugänglich zu machen. Die Bürger sollen möglichst viele Informationen, Formulare und interaktive Angebote per Internet erhalten, um sich den Weg ins Rathaus zu sparen.

Vor 10 Jahren hat die Stadt Erlangen mit der Vergabe eines Auftrags an das Beratungsunternehmen Accenture zur gemeinsamen Entwicklung einer eGovernment-Strategie einen mutigen Schritt gewagt, der von vielen Kommunen auch kritisch beachtet wurde.

Heute, 10 Jahre später, wird in einer ausführlichen Dokumentation analysiert, was aus dieser eGovernment-Strategie geworden ist, und ob sich dieser Schritt für die Stadt Erlangen und deren Bürgerinnen und Bürger gelohnt hat.

Chefsache

In einer intensiven Zusammenarbeit mit allen Ämtern der Stadtverwaltung und Accenture wurde damals eine eGovernment-Strategie entwickelt, die im Erlanger Stadtrat diskutiert und beschlossen wurde. Zu deren Umsetzung wurde ein Amt für eGovernment gegründet und direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. „eGovernment ist Chefsache“ - mit dieser Haltung des Erlanger Oberbürgermeisters Dr. Siegfried Balles wurde dem Thema eine hohe Priorität innerhalb der Verwaltung gegeben. Die Realisierung der eGovernment-Strategie sollte einen Beitrag zur Modernisierung

der Verwaltung hin zu einem innovativen, serviceorientierten und wirtschaftlichen Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger leisten.

Strategiepapier

Das Strategiepapier, das im Kern die Umsetzung von etwa 60 Online-Angeboten vorsah, wurde vom eGovernment-Center konsequent abgearbeitet. Die Priorisierung der Themen orientierte sich dabei an einem mit Politik, Verwaltung und Personalrat abgestimmten Zielsystem. Ein Abschlussbericht im Erlanger Stadtrat stellt 2006 fest, dass das Programm früher und kostengünstiger als geplant umgesetzt werden konnte. Heute sind über 100 Lösungen in Betrieb, die sowohl nach außen für den Bürger, als auch nach innen in Richtung Mitarbeiter wirken.

Pragmatischer Ansatz

In manchen Fällen wurde das Strategiepapier angepasst und weiterentwickelt, weil neue Technologien und Rahmenbedingungen oder veränderte strategische Ansätze dies erforderlich machten. Dabei wurde häufig ein pragmatischer Ansatz verfolgt, der bei der Umsetzung von neuen An-

wendungen immer nach dem relevanten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger fragt und zugleich an den vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen ausgerichtet ist. Von Beginn an war allen Beteiligten klar, dass diese Herausforderungen am besten gemeinsam organisiert werden müssen. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit Fürth und Schwabach über den gemeinsamen IT-Dienstleister KommunalBIT ist inzwischen eine stabile und erfolgreiche Grundlage dafür geschaffen worden.

Nennenswerte Einsparpotenziale

Die Wirtschaftlichkeit des eGovernment-Programms wurde wissenschaftlich von der Friedrich Alexander Universität Erlangen/Nürnberg untersucht und im Rahmen einer Diplomarbeit bestätigt. Damit wurde nachgewiesen, dass eGovernment keine Spielwiese für „Technikfreaks“ ist, sondern unter Berücksichtigung von Kosten- / Nutzenaspekten durchaus nennenswerte Einsparpotenziale bietet.

Wie geht es weiter?

Aktuelle neue Themen wie Mobile Computing, Social Media, die vor 10 Jahren noch keine Bedeutung hatten, werden in der Fortschreibung der Erlanger eGovernment-Strategie aufgegriffen und in Abstimmung mit den Entscheidungsgremien der Stadt umgesetzt. Aktuelle Beispiele hierfür sind Facebook- und Twitterauftritte sowie eine Erlangen-App für Smartphones.

Konsequenter Weg

Die Stadt Erlangen geht mit ihrer eGovernment-Strategie einen konsequenten, zielgerichteten Weg zur Umsetzung von Online-Angeboten nach außen und innen. Durch diese sehr pragmatische Herangehensweise ist es gelungen, ein umfassendes Angebot an Online-Diensten mit einem wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Haushaltsmitteln anzubieten. Die Verankerung der Aufgabe eGovernment in einem eigenen Amt unterstreicht deren Bedeutung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung.

des sollen die Region als Wirtschaftsstandort und touristische Destination auf Messen, Prospekten und in Imagekampagnen präsentieren. Wie eine Sprecherin der Bodensee Standort Marketing GmbH mitteilte, werden für das Corporate Design in den nächsten Monaten Nutzungslizenzen an Kommunen, Firmen, für Produkte und an internationale Organisationen der Region vergeben. Das Projekt wurde Anfang 2010 gestartet und soll bis 2014 laufen. Gefördert wird es vom EU-Programm Interreg IV mit bis zu 272.000 Euro.

Forcierte Projekte

„Nun gilt es, diese Marke mit Leben zu füllen“, hob Landrat Elmar Stegmann hervor. Die Region bietet nicht nur traumhafte Urlaubsziele, sondern sei auch wirtschaftlich stark. Kooperationsprojekte würden deshalb nicht nur im Tourismus, sondern auch in den Bereichen Standort-Marketing und Wirtschaftsförderung forciert. Alle fünf Landräte bekannten sich zu der Marke – auch wenn der Landkreis Lindau hier mit der zusätzlichen Zugehörigkeit zum Allgäu eine Sonderstellung einnimmt. **DK**

Landräte-Treffen im Landkreis Lindau:

Enge Kooperationen

Bei einem Arbeitstreffen auf Einladung des Lindauer Landrats Elmar Stegmann trafen sich Landräte vom Bodensee und aus Oberschwaben in Nonnenhorn zu einem Gedankenaustausch. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Angleichung der Tarifsysteme im Öffentlichen Personennahverkehr sowie Kooperationsprojekte im Rahmen der Marke „Vier Länder Region Bodensee“.

Das Treffen stand ganz im Zeichen einer noch stärkeren Vernetzung. In vielen Bereichen wird bereits landkreis- und bundeslandübergreifend kooperiert, in anderen gibt es noch Handlungsbedarf. So wäre es, so der Tenor, für Gäste und Einheimische gleichermaßen wichtig, in der Region mit nur einer Karte den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen zu können. In diesem Jahr fanden bereits zwei Workshops mit allen beteiligten Verkehrsunternehmen, angrenzenden Verbänden und Aufgabenträgern statt.

Integration in den Verkehrsverbund

Dort sollten Lösungen erarbeitet werden, wie der Öffentliche Personennahverkehr des Landkreises Lindau beispielsweise in den bodo – bodensee-überschwaben verkehrsverbund – integriert werden könnte. Die Verhandlungen laufen noch. Der Landkreis Lindau erstellt derzeit parallel dazu ein Nahverkehrsgutachten, das im Ausschuss für Wirtschaft und Regionalentwicklung am 21. November vorgestellt werden soll. Die Landräte Kurt Widmaier (Ravensburg) und Lothar Wölfle (Bodenseekreis) bekräftigten, dass der Landkreis Lindau mit seinen Bestrebungen beim Verkehrsverbund bodo auf offene Türen stößt.

Regionenmarke

Ein weiteres Thema war die Vermarktung der „Vier-Länder-Region Bodensee“, einer ge-

meinsamen Marke, die erst jüngst der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Drei Millionen Menschen, vier Länder, ein See – das ist die Kernaussage der Marke Bodensee, die der Vierländerregion künftig ein einheitliches Erscheinungsbild geben soll. Mit 300 Ballons in den Farben orange, rot und violett enthüllten Vertreter aus Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein das neue Markendesign in Konstanz. Bei einer anschließenden Schifffahrt über den See wurden ein Imagefilm und ein großes Bodensee-Panoramabild auf der Fähre „Tabor“ präsentiert.

Wie Landrat Wölfle betonte, „wurde mit der neuen Regionenmarke endlich ein sichtbares Zeichen für eine ganz spezielle Besonderheit unserer Bodenseeregion geschaffen, nämlich die schon traditionelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit über bestehende Landesgrenzen hinweg“.

14 Partner

Für das Projekt unter Federführung der Bodensee Standort Marketing GmbH in Konstanz schlossen sich 14 Partner zusammen, darunter die Landkreise Konstanz, Ravensburg, Sigmaringen, Bodenseekreis, Lindau sowie Regional- und Wirtschaftsförderungsverbände. Auch Behörden aus dem Schweizer Kanton Thurgau und dem österreichischen Vorarlberg sowie aus Liechtenstein sind mit im Boot.

Ein eingängiges Layout, Slogans sowie Farb- und Schriftco-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Sapperlot, wenn wir Menschen nicht aufpassen, sagt uns bald eine Maschine, wann wir zu Bett gehen sollen, ein Schaltkreis bestimmt, wie hell wir's in der Wohnung haben und ein Algorithmus rechnet uns die energetisch optimale Badewassertemperatur aus.“ Mein Chef las interessiert einen Artikel über die erste genormte Fertig-Öko-Stadt der Welt.

Diese Stadt wird gerade in Japan, dem Paradies des freiwilligen Kollektivismus erbaut und ab 2013 als Muster- und Vorzeigebauwerk für Interessenten zu besichtigen sein - inklusive Bewohner als real-life-demonstration. Das Ganze basiert auf dem Gedanken des Fertighauses. Alle Elemente in der Stadt, von den Häusern, Gemeinschaftsanlagen bis zu den Außenbereichen werden in der Fabrik vorgefertigt und können schlüsselfertig bestellt werden (die Bewohner

Straßen so rechtwinklig angelegt wie in Valletta auf Malta, weil dies in der Gründungszeit als praktisch erkannt wurde. Planstädte wie es viele in Deutschland und Europa gibt und die je für sich einen charakteristischen Reiz haben. Daneben gibt es auch Städte, die aus dem Nichts gegründet wurden. Brasilia etwa oder Canberra. Auch wenn nicht alle dieser Kunststädte Touristenmagneten wurden wie etwa St. Petersburg oder Washington D.C. – allen gleich ist die individuelle, ja geradezu ambitionierte Städteplanung.

Und jetzt soll die Zukunft des Urbanismus darin bestehen, in einem Fertighauskatalog Siedlungsstrukturen anzukreuzen und sich die daraus zusammenkomponierte Stadt mit Overnight-Express liefern zu lassen? Eine Stadt zu allem Überfluss, die schon von der Grundlage nicht mehr dem Menschen dienen will, sondern einen Zweck erfüllen, nämlich eine definierte Anzahl von Personen so unterzubringen, dass sie möglichst keine oder nur geringe Ressourcen verbrauchen.

Natürlich müssen wir der Tatsache Tribut zollen, dass vor wenigen Tagen der siebenmilliardste Mensch das Licht dieses schönen und lebenswerten Planeten erblickt hat und wir auch ihm und seinen Nachkommen eine Chance schulden, in Würde zu leben. Länder mit hoher Bevölkerung wie China oder Indien werden reicher und die Ansprüche der Menschen betreffend Qualität und Güte von Wohnen und Leben steigen. Aber ist die normierte Wohnschachtel mit ökologisch korrekter Fremdsteuerung wirklich eine Lösung? Es muss doch auch noch menschlich, also eben nicht perfekt zugehen. Der Mensch hat ja neben seinem einsichtsvollen Intellekt auch jede Menge Emotionen, die sich beim Wohnen auch ausleben lassen müssen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist mal wieder froh im guten, alten Europa in gewachsenen Strukturen zu leben. Ansonsten bleibt nur zu hoffen, dass George Bernhard Shaw mit dem Satz auf dem heutigen Kalenderblatt Recht hat: „Wir werden nicht durch Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für unsere Zukunft.“

the
Sabriul

Für ambitionierte Stadtplanung

werden allerdings nicht mitgeliefert). Die Stadt ist so ausgerichtet, dass sie klimafreundlich ist und nur so viel Energie verbraucht, wie sie auch selbst erzeugt. Deshalb sind die Gebäude auch „smart“, nehmen dem Menschen also im Namen der CO₂-Neutralität das Denken ab – die Rollos werden der Sonneneinstrahlung angepasst, die LED-Beleuchtung reguliert sich abhängig vom Umgebungslicht selbst, Klimaanlage und werden zentral durch das Energiemanagement der Stadt aufeinander abgestimmt und gesteuert. Sogar ein E-Bike steht serienmäßig in der Garage.

Unser Rathaus hier steht in der Mitte einer ganz normalen, gewachsenen europäischen Stadt. Die Straßen der Altstadt sind eng, verwinkelt und man sieht ihnen noch an, wo der sprichwörtliche Ochse entlangelaufen ist und so die Wege markiert hat. Dank eines Vorgängers vom Chef haben wir auch unsere Bausünden und noch immer diskutieren wir, ob wir die vor 40 Jahren eingemeindeten Dörfer stärker ans Zentrum anbinden oder ihren ländlichen Charakter eher bewahren sollen. Es geht vielleicht etwas unökologisch zu, aber menschlich.

Damit will ich nichts gegen am Reißbrett gut geplante Städte sagen. In Mannheim sind die

Glückwunsch Pfaffenhofen an der Ilm!

In Seoul zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt

Pfaffenhofen ist Weltmeister der Kleinstädte: Bei der Verleihung der „International Awards for Liveable Communities“ (kurz Livcom-Awards) in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul wurde die gut 24.000 Einwohner zählende oberbayerische Kreisstadt mit Gold prämiert und darf sich künftig „lebenswerteste Stadt der Welt“ nennen. Das australische Mandura und das tschechische Jihlava wurden auf die Plätze zwei und drei verwiesen. Insgesamt hatten sich 376 Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen beworben.

Nicht nur gegen 15 weitere Finalisten in der Gruppe B (Städte zwischen 20.000 und 75.000 Einwohnern) hat sich die Kreisstadt durchgesetzt, sondern auch mit einem Sonderpreis gegen alle 77 Kommunen und Städte, die sich weltweit für das Finale des internationalen Städtewettbewerbs qualifiziert hatten: In der Kategorie „Environmental Best Practice“ (zu deutsch etwa: „vorbildlich in Umweltbelangen“) haben die Pfaffenhofener durch ihr Bemühen um Umwelt und Lebensbedingungen als Gesamtsieger den ersten Platz geholt. Damit hat die Delegation mit Bürgermeister Thomas Herker an der Spitze zwei Pokale aus Seoul mit nach Hause gebracht. Pfaffenhofen war der einzige deutsche Vertreter im Finale des Wettbewerbs. 2004 hatte bereits Münster die begehrte Goldmedaille geholt.

Schwerpunkte der Präsentation

Pfaffenhofen ist überregional

vor allem bekannt als Sitz des Babynahrungsherstellers Hipp. In seiner Präsentation hatte Bürgermeister Herker in Südkorea die Vorzüge der Stadt dargestellt. Er wies auf die landschaftlichen Reize der Gegend genauso hin wie auf die Vorzüge des erneuerten Hauptplatzes und die guten Möglichkeiten für Investoren in der verkehrstechnisch günstig gelegenen Kommune. Die Präsentation drehte sich unter anderem um die Schwerpunkte Stadtplanung, Kultur- und Brauchtumpflege, Naturschutz, Bürgerbeteiligung und Förderung sozial benachteiligter Bürger.

Große Chance für die Außendarstellung

Nach der Zeremonie sprach der Rathauschef von einem „Doppelgewinn“ und einer „großen Chance für die Außendarstellung“ der Stadt. Der Preis sei aber auch ein „Auftrag für die Zukunft“. Laut Herker „arbeiten wir ambitioniert daran, dass Pfaffenhofen noch le-

benswerter wird. In diesem Zusammenhang versprechen wir uns sehr viel von 'Natur in der Stadt', der 'kleinen Landesgartenschau', die 2017 in Pfaffenhofen stattfinden wird.“

Live-Schaltung ins Rathaus

Im Rathaus der Stadt verfolgten rund 150 Menschen die Entscheidung per Live-Schaltung. Als schließlich der Sieg verkündet wurde, brach ein „Jubel wie bei einer Fußball-Weltmeisterschaft“ aus, berichtete ein Mitarbeiter der Stadt.

Die „LivCom Awards“ werden seit 1997 von der Internationalen Vereinigung der Gartenbauamtsleiter ausgeschrieben. Der Preis wird vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) befürwortet und bewertet unter anderem, wie die Kommunen mit Umwelt und Landschaft umgehen und wie sie ihre Zukunftsplanung gestalten.

Fünf Kategorien

Der Wettbewerb „International Awards for Liveable Communities“ ist weltweit der einzige, der das Umweltmanagement der Gemeinden und ihre Bemühungen um eine lebenswerte Ort würdigt. Der Preis wird gestaffelt nach Stadtgrößen in fünf Kategorien verliehen. **DK**

LBS Bayern jagt von Rekord zu Rekord

Dr. Franz Wirthner: „Heuer knacken wir die acht Milliarden-Euro-Marke“

Regensburg, (osr) Die LBS Bayern jagt von Rekord zu Rekord. Im vergangenen Jahr hat sie mit 7,95 Milliarden Euro das stärkste Neugeschäft ihrer gut 80-jährigen Geschichte erzielt. Dr. Franz Wirthner, Sprecher der Geschäftsleitung, am Donnerstag im Regensburger PresseClub: „Heuer knacken wir die acht Milliarden-Euro-Marke, denn Wohnimmobilien sind so begehrt wie selten zuvor.“ Einerseits genießt das eigene Zuhause („Betongold“) eine enorme Wertschätzung, andererseits entschieden sich Investoren vermehrt für ein Engagement in Wohneigentum.

Im Vergleich zum Vorjahr habe die Nachfrage nach Wohnimmobilien zugenommen, zugleich habe sich das Angebot verknappert. Wirthner: „Vielfach konnte die enorme Nachfrage nicht gedeckt werden.“ Das große Interesse an Wohneigentum habe das Geschäft der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft, der Maklerorganisation von LBS und Sparkassen, beflügelt.

Nach Wirthners Aussagen erzielte die Sparkassen-Immo im vergangenen Jahr das beste Ergebnis in ihrer 40-jährigen Geschichte. Heuer könnte dieses Ergebnis noch einmal übertroffen werden. In der Oberpfalz wurden in den ersten neun Monaten 695 Objekte vermittelt, ein Plus von 15,1 Prozent, nach Objektwert von 88 Millionen Euro ist sogar ein Anstieg um 22,8 Prozent zu verzeichnen.

Die Preise für neu gebaute Häuser sind um vier Prozent gestiegen, gebrauchte Häuser und Eigen-

tumswohnungen zogen 2010 im Landesdurchschnitt um jeweils neun Prozent an. Im Raum Regensburg, so Wirthner, kosteten neue Doppel- und Reihenhäuser zwischen 200.000 und 500.000 Euro, neue Drei-Zimmer-Eigentumswohnungen zwischen 2.000 und 4.000 Euro pro Quadratmeter. Gebrauchte Ein- und Zweifamilienhäuser seien zwischen 80.000 und 900.000 Euro zu haben, Drei-Zimmer-Wohnungen für 800 bis 3.300 Euro pro Quadratmeter.

„Insgesamt ist das Interesse am Bausparen enorm hoch“, sagte Wirthner, „LBS-Bausparen gilt als sicherer Hafen, als planbarer und günstiger Weg zu Immobilien.“ Um sich gegen steigende Zinsen abzusichern, bauten viele Bauherren und Immobilienkäufer einen Bausparvertrag in ihre Finanzierung ein, der feste Zinsen bis zum Laufzeitende ermöglicht. In der Oberpfalz wurde der bayerische Durchschnitt beim Neugeschäft

mit 23,3 Prozent (20.014 Verträge) heuer in den ersten drei Quartalen deutlich übertroffen und im Volumen mit 626,5 Millionen Euro um 11,8 Prozent. Auch im Raum Regensburg, der im vergangenen Jahr besonders stark zugelegt hatte, konnte nach Wirthners Zahlen das Bauspargeschäft nochmals ausgeweitet werden.

Den Jugendmarkt sieht der LBS-Chef als einen wesentlichen Faktor für dieses Wachstum. Für unter 16-jährige habe sein Unternehmen einen Juniorbonus eingeführt, der bis zu 300 Euro ausmacht. Täglich würden über 160 neue Bausparverträge in dieser Altersgruppe abgeschlossen. Auch das Riester-Bausparen, vom Gesetzgeber erst vor gut zwei Jahren ermöglicht, erweise sich als Volltreffer. Die LBS Bayern hat bis Ende September bereits 91.000 Wohn-Riester-Verträge im Bestand, fast jeder zehnte davon aus der Oberpfalz.

Aufwärtstrend beim Neubau

Das positive Umfeld habe im vergangenen Jahr auch den Neubau stimuliert. „Endlich, muss man sagen.“ Erstmals seit Jahren gab es nach LBS-Darstellung 2010 in Bayern wieder einen Zuwachs. Diese Entwicklung habe sich auch heuer fortgesetzt. In der Oberpfalz betrug der Zuwachs an Baugenehmigungen 31,1 Prozent, in der Stadt Regensburg (889) wurden 26,8 Prozent mehr neue Wohneinheiten genehmigt und im Landkreis (608) 27,7 Prozent.

Eine Studie des Forschungsinstituts Empirica zufolge werden in Bayern pro Jahr 42.000 neue Wohnungen benötigt. Trotz des aktuellen Aufwärtstrends, so Wirthner,

liege die Zahl der Fertigstellungen aber noch deutlich unter dem Bedarf. Für den Landkreis Regensburg hat Empirica einen Bedarf von 850 Einheiten pro Jahr ermittelt. Nach den ersten acht Monaten dürfte dieses Niveau heuer erreicht werden. In der Stadt liege die Zahl sogar über dem errechneten Bedarf von 560 Wohneinheiten. „Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, dass dies in den vergangenen Jahren nicht der Fall war und noch entsprechender Nachholbedarf besteht“, betonte Wirthner.

Eine zunehmende Bedeutung komme der energetischen Optimierung des Wohnungsbestandes zu. Deshalb ist es aus Sicht der LBS zu begrüßen, dass Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm des Bundes auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt wurden. Die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden habe allerdings der Bundesrat gekippt. „Wir hoffen nun, dass schnell eine konsensfähige und attraktive Lösung gefunden wird“, appellierte Wirthner. Denn solange keine Klarheit über die zukünftige Förderpolitik bestehe, hielten Hausbesitzer ihre Investitionen zurück. Und: „Für uns steht fest: Direkte Vorteile in Form von Zuschüssen für Modernisierungsmaßnahmen, die klare energetische Optimierungsziele erreichen, sind am wirkungsvollsten.“

Die LBS sieht sich selbst als Energiespartmotor und gewährt einen Zinsnachlass, wenn mit einer Modernisierungsmaßnahme die Energiebilanz einer Wohnimmobilie verbessert wird. Und ein Ausblick: Pro Woche verzeichnet die LBS derzeit bayernweit rund 3.000 neue Immobilieninteressen. Auch wer darüber nachdenkt, eine Immobilie zu verkaufen, sollte die hervorragende Marktlage nutzen, rät Wirthner. Auffallend sei, dass gerade Regensburg als Kapitalanlage in Immobilien gesucht werde. So zahlen manche Studenten derzeit 380 Euro im Monat für ein Matratzenlager im Keller. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des Bayerischen Bauindustrieverbands bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Dr. Franz Wirthner (links) und sein Pressesprecher Joachim Klein gaben einen Einblick in den bayerischen, oberpfälzischen und Regensburger Immobilienmarkt. Foto: osr

Fachdialog Jugend im JUKUZ Aschaffenburg

Am Samstag, den 19. November 2011 veranstaltet die Kommune Jugendarbeit des Landkreises Aschaffenburg in Kooperation mit den Jugendarbeitern und Jugendringen der Region 1 ein gemeinsames Fachgespräch. Eingeladen sind Haupt- und Ehrenamtliche aus Jugendarbeit und Schule sowie politisch Verantwortliche. Tagungsort von 9 bis 13 Uhr ist das JUKUZ Aschaffenburg, Kirchhofweg 1.

Die Tagung beschäftigt sich mit den aktuellen Fragestellungen der Jugendarbeit: Welche Veränderungen ergeben sich für die offene und verbandliche Jugendarbeit? Sind die aktuellen Angebote noch zeitgemäß? Muss sich Jugendarbeit neu positionieren? Welche Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit gibt es? Welche Chancen bieten sich dabei für die Schulen?

Arbeitsgruppen

Kurze Impulsreferate skizzieren

die verschiedenen Bereiche. In Arbeitsgruppen werden die Fragestellungen konkretisiert und Lösungsansätze entwickelt. Ein Plenum bietet die Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch.

Als Referent und Moderator konnte Winfried Pletzer, Fachreferent beim Bayerischen Jugendring, gewonnen werden. Für Getränke und einen kleinen Imbiss ist gesorgt. Kosten entstehen keine. Um Anmeldung wird gebeten bei Kreisjugendpfleger Klaus H. Spitzer, Tel. 06021/394-374 oder Jugendpfleger@Lra-ab.bayern.de □

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 24. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nussner GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Bepflanzungssysteme und Stadtmobiliar

Stadtmobiliar + Bepflanzungssysteme
MVS
Messe- u. Vertriebservice J. Kuprat
www.messe-vertrieb.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT

Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Gymnasium Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Landkreis München

PPP – weit mehr als bloße Wirtschaftlichkeit

PPP hat aber auch über die baulichen Veränderungen hinaus auf den Schulalltag und das Lernen selbst positive Auswirkungen, wie die Betroffenen attestieren. So verbesserte sich laut der befragten Schulleiter die Arbeitsatmosphäre und -zufriedenheit im Kollegenkreis deutlich und die Schüler zeigten sich maßgeblich motivierter. Auch der Vandalismus an den neu errichteten oder sanierten Schulen ging deutlich zurück.

Größte Vorteile von PPP im Bildungsbereich:

- Partnerschaftliche Abwicklung
- Langfristige Leistungs- und Planungssicherheit
- Schnellere Realisierung
- Höhere Effizienz
- Leistungen aus einer Hand
- Synergieeffekte
- Wirtschaftlichkeit des Projektes

PPP wirkt nachhaltig: Erfahrungen aus dem Leuchtturmprojekt PPP-Schulen Landkreis Offenbach

Dass PPP bei Schulprojekten einen positiven pädagogischen und psychologischen Einfluss auf die Nutzer hat, wurde schon früh erkannt. Eine Studie an den PPP-Schulen im Landkreis Offenbach**, veröffentlicht von der Technischen Universität Darmstadt im Sommer 2009, prüfte diesen Ansatz über mehrere Jahre hinweg. Dabei zeigt sich, dass die guten Erfahrungen der Nutzer mit PPP auch nach mehreren Jahren der Nutzung anhalten und gerade Arbeitszufriedenheit und Lernatmosphäre nachhaltig profitieren. Als besonders vorteilhaft wurde dabei auch die Möglichkeit erachtet, dass die späteren Nutzer von Anfang an mit ihren Bedürfnissen in die Planungen der Sanierungs- und Baumaßnahmen mit einbezogen werden konnten.

„Für unsere Entscheidung zugunsten von PPP gab der Gedanke des Lebenszyklusansatzes den Ausschlag. Unsere Überlegung war, einfach ausgedrückt, die: Wenn der Betreiber der Schule schon bei der Planung mit am Tisch sitzt, wird die Schule intelligenter und wirtschaftlicher gebaut.“

Thomas Loderer, Vorsitzender des Zweckverbandes Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München, über das PPP-Projekt Gymnasium Höhenkirchen-Siegertsbrunn

***) Die Schulen im Landkreis Offenbach sind das erste große PPP-Schulprojekt in Deutschland



BAUINDUSTRIE BAYERN

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
80331 München Oberanger 32
Postfach 10 03 61 80077 München
Telefon +49 89 235003-0 Fax -71
info@bauindustrie-bayern.de
www.bauindustrie-bayern.de



PPP

Public Private Partnership bei Schulen

- PPP ist**
- Innovation
 - Partnerschaft
 - Zeitgewinn
 - Ideenvielfalt
 - Qualität
 - Effizienz

PPP – Öffentliche Hand und Privatwirtschaft schaffen gemeinsam Mehr-Wert

PPP ist ...

... Public Private Partnership (oder auch ÖPP, öffentlich private Partnerschaft) – die langfristige partnerschaftliche Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatunternehmen zur Realisierung von Infrastruktureinrichtungen, z.B. Verwaltungsgebäude, Sportanlagen, Kindergärten, Feuerwehrhäuser, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, Kläranlagen, Wasser- und Abwassernetze, Straßen oder besonders auch Schulen.



Gymnasium Kirchseeon, Landkreis Ebersberg

Wie funktioniert PPP?

Die öffentliche Hand beauftragt im Rahmen eines Vergabeverfahrens ein Privatunternehmen oder eine Arbeitsgemeinschaft aus mehreren Privatunternehmen mit der Umsetzung aller Leistungsphasen eines Projektes.

Grundgedanke ist der Lebenszyklusansatz eines Projektes, d.h. dass das Planen, Bauen, Unterhalten und Betreiben, das Finanzie-

ren – wobei dies nicht zwingend ist – sowie ggf. das abschließende Verwerten nach Vertragsende gebündelt an einen Auftragnehmer vergeben werden. Denn so kann das private Unternehmen – z.B. durch besondere Ideen und Innovationen sowie eine hochwertige Bauweise – schon in der Planungs- und Bauphase die Folgekosten für Bewirtschaftung und Instandhaltung eines Projektes minimieren. Da durchschnittlich 80 % der Kosten eines Projektes über den gesamten Lebenszyklus hinweg gesehen auf Unterhalt und Betrieb entfallen, steigert es die Gesamteffizienz enorm, diese Faktoren von vornherein in die ganzheitliche Betrachtung mit einzubeziehen.

**Ist doch logisch ...
... in einer schönen Schule
lernt sich's besser!**

Schulen mit PPP – Gute und neue Ideen schnell und günstig umgesetzt!

PPP – Public Private Partnership:
Die Partnerschaft, in der Partner mehr schaffen.

www.bauindustrie-bayern.de



Kopernikus-Schule, Stadt Nürnberg

Bei einer Schule bedeutet dies beispielsweise, Bauweise und Materialien so zu wählen, dass sie für die Beanspruchung durch Jugendliche und den Schulbetrieb tauglich und gleichzeitig gut zu reinigen und zu erhalten sind, da so u.a. die hohen Hausmeister- und Reinigungskosten gering gehalten werden können.

Die Vertragslaufzeit kann – je nach Projekt – beispielsweise 10, 20 oder 30 Jahre betragen.

Da zügiges Bauen Kosten spart, können Projekte zudem durch den privaten Partner meist günstiger und schneller umgesetzt werden als bei herkömmlicher Realisierung durch den öffentlichen Auftraggeber.

„Der Neubau des Gymnasiums sowie einer 2-Feld-Sporthalle in Kirchseeon ist nachweislich die wirtschaftlichste Variante. [...] Vorteilhaft ist vor allem auch die schnelle Realisierbarkeit der Vorhaben.“

Georg Preuß, Landratsamt Ebersberg, über das PPP-Projekt Gymnasium Kirchseeon

Dabei bleibt die öffentliche Hand die ganze Zeit über Eigentümerin der Infrastruktureinrichtung (sog. Inhabermodell). Sie zahlt dem beauftragten Privatunternehmen über die Vertragslaufzeit hinweg für die geleistete Investition, den Unterhalt und Betrieb ein laufendes Entgelt. Im Gegensatz zur öffentlichen Hand ist der private Partner vertraglich zur regelmäßigen Instandhaltung verpflichtet. Nach Ablauf der Vertragslaufzeit übernimmt die öffentliche Hand die Einrichtung in einem zuvor definierten – oft nahezu neuwertigen – Zustand wieder in Eigenregie.

Bis Anfang 2011 wurden in Deutschland insgesamt 159 Projekte im öffentlichen Hochbau umgesetzt. Der Effizienzvorteil für den öffentlichen Auftraggeber betrug dabei im Durchschnitt rund 15 %.

PPP macht Schule!

Zu den häufigsten und beliebtesten Anwendungsbereichen von PPP zählen ganz klar Bildungseinrichtungen, v.a. Schulen. Dies ist nicht verwunderlich, betrachtet man doch die bisherige – inzwischen auch wissenschaftlich belegbare – Erfolgsbilanz solcher PPP-Schulprojekte. Bislang stand – gerade mit Blick auf die wachsenden Haushaltsdefizite der Kommunen – hier weitestgehend das finanzwirtschaftliche Pro und Contra im Vordergrund. Die Sichtweise der „Betroffenen“ rückt jedoch nun mehr und mehr ins Blickfeld, denn PPP bietet hier noch weit größere Vorteile.

PPP-Schulen:

Große Zufriedenheit bei Auftraggebern und Nutzern

Bezeichnend ist, dass gerade auch die Auftraggeberseite sowie die Nutzer der Bildungseinrichtungen selbst von PPP überzeugt sind. Wie eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach* zeigt, sehen 90% der Auftraggeber von PPP-Projekten im Schulbereich die Zusammenarbeit mit einem privatwirtschaftlichen Partner als positiv. Auch 62% der befragten Schulleiter und etwa ebenso viele Elternvertreter beurteilen PPP als vorteilhaft. Dabei wurden besonders die hohe Qualität der erbrachten Leistung, der geringe Verwaltungsaufwand sowie das gute Beschwerdemanagement hervorgehoben. Die Mehrheit der Auftraggeber und Nutzer ist davon überzeugt, dass der private Anbieter höhere Leistungen erbringt als dies bei einer herkömmlichen Umsetzung zu erwarten gewesen wäre.

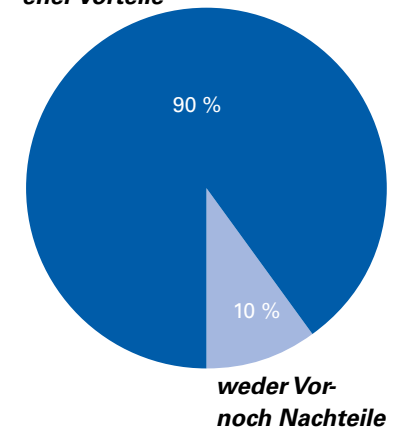


Realschule in Helmbrechts, Landkreis Hof

*) „ÖPP-Projekte im Schulbereich“ (März 2011), Institut für Demoskopie Allensbach; Befragt wurden im Herbst 2010 insgesamt 39 Kommunalvertreter/Auftraggeber, 103 Schulleiter und 31 Elternvertreter von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, die Teil eines PPP-Projektes sind.

Auftraggeber sehen fast ausschließlich Vorteile bei einer Zusammenarbeit mit einem privaten Partner

Die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner bringt für die eigene Stadt/Gemeinde eher Vorteile



eher Nachteile – weniger als 0,5 %

Auftraggeber von ÖPP-Projekten im Bildungsbereich

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5293

„Die PPP-Schulen des Landkreises Hof freuen sich auf eine Vorreiterrolle bei der technischen Ausstattung der Klassenräume.“

Studiendirektor Gerd Koppitz, Schulleiter des Gymnasiums Münchberg, über das PPP-Schulprojekt des Landkreises Hof

„Unsere Erwartungen an das PPP-Modell zur Errichtung und zum Betrieb des Gymnasiums Kirchseeon wurden bisher voll erfüllt. Der Landkreis Ebersberg hat daher auch den Neubau der Realschule Poing als Passivhaus an einen privaten Partner als PPP-Modell vergeben.“

Herbert Jungwirth, Landratsamt Ebersberg, über das zweite PPP-Schulprojekt des Ebersberger Landkreises